FREITAG, 15. OKTOBER 2010 NR. 41 52. JAHRGANG

AZA
8820 Wädenswil

Testament?
Erbvertrag?
Stiftungen?
Hausverkauf?

Wichtige Fragen und Probleme, die gerne verdrängt, aber bei klarer Sicht der Dinge gelöst und entschieden werden sollten.
Fragen Sie uns – seit 1980 sind wir für unsere Klienten da

Dr. iur. Michael E. Dreher, MBA HSG
DR. DREHER & PARTNER AG
8702 Zollikon / beim Bahnhof
T 044 396 15 15 - E drdr@dreher.ch

Der Zürcher Bote

WOCHENZEITUNG FÜR DEN MITTELSTAND
PUBLIKATIONSORGAN DER SCHWEIZERISCHEN VOLKSPARTEI SVP DES KANTONS ZÜRICH

Spezialthema «Völkerrecht vs. Selbstbestimmung» auf S. 1 und 5

«MENSCHENRECHTSWIDRIG, VÖLKERRECHTSWIDRIG, VERFASSUNGSWIDRIG…?!?»

Ultimative Waffe für demokratische Verlierer: Das Völkerrecht

Es gibt in einer Demokratie keine andere Institution mit höherer Legitimation als das Volk selber und somit dessen Entscheide. Soweit staatliche Vertreter Tätigkeiten in Abweichung des Volkswillens entwickeln und Ausreden erfinden, um unsere direkte Demokratie einzuschränken, tun £sie dies aus Eigeninteresse, Lobbyismus oder ideologischen Gründen. Und genau das ist in letzter Zeit des Öfteren der Fall – zum Schaden von uns allen.

B. STEINEMANN
KANTONSRÄTIN SVP
WATT-REGENSDORF

Am Modell der Schweizer Demokratie wird seit geraumer Zeit erheblich Kritik geübt, die sich letzte Woche in einem neuen Anlauf bemerkbar machte. Ohnehin erklären uns seit geraumer Zeit linke Gruppierungen, flankiert von gleichgesinnten, hochdekorierten Juristen mit elitärem Auftreten, dass sie zur Gruppe der Wenigen gehörten, die die Zeichen der Zeit erkannt hätten, deshalb der tumben Masse der grauen Durchschnittsbürger geistig weit überlegen seien und darum die direkte Demokratie in ihrem Sinne einzuschränken sei.

Und offenbar gibt es Politiker, die den eingebildeten Besserwissern auch noch tatkräftig unter die Arme greifen, allerdings ist man sich in diesen abgehobenen Kreisen noch etwas uneinig über die Form der Demokratie-Beschränkung: Der Ständerat will einen «Rat der Weisen» aus einer kleinen Gruppe von selbsternannten Experten über die Zulassung von Volksinitiativen bestimmen lassen, andere möchten ein Verfassungsgericht installieren, wo dann ein Richtergremium die «populistischen Volksinitiativen der SVP» mit pauschalem Verweis und vor allem nicht mehr anfechtbar auf ihre angebliche Völkerrechtswidrigkeit für ungültig erklären kann. Professoren und ihre Entourage stellen Forderungen, wonach «Volksabstimmungen über ‹Menschenrechte› verhindert werden sollen, weil ‹die richtige Balance zwischen rechtlicher Expertise und politischer Verantwortung› gefunden werden müsse». Eine solch offene Formulierung führt in die Irre, tatsächlich geht es um das Durchsetzen anderer politischer Bewertungen. So wird ein an sich edler Begriff, derjenige des Völkerrechts, als Freipass zu einer neuen Bevormundung im Sinne abstrakter und linker Ideologien missbraucht. So verkündete auch Islamverbands-Präsident Farhad Afshar «Das Argument, das Volk dürfe alles, ist vollkommen falsch! Das Volk steht nicht über den Grundwerten.» Und Staatsrechts-Professor Walter Kälin meint: «Insgesamt läuft die Entwicklung des modernen Völkerrechts heute in Richtung vermehrter Zwangsdurchsetzung von oben.» Und wer bestimmt dann, was ein Grundwert ist und «von oben» kommen muss? Natürlich die Moslems und die Staatsrechtler …

Der Begriff des Völkerrechts wird im Sinne abstrakter und linker Ideologien missbraucht.

Messerstecher-Inserat 1998.

Kontaktnetz für Kosovo-Albaner 1998.

Politjustizieller Faktor, um sozialistisches Gedankengut durchzudrücken

Aber ist die eingebildete Weltkenntnis und Qualifikation der Rechtsgelehrten und anderen anmassenden Einmischenden dem Urteilsvermögen der Bevölkerung überlegen? Das Völkerrecht wurde nicht von einer unantastbaren Instanz mit unbezweifelbaren Motiven geschaffen, wie uns die Gilde der Rechtsprofessoren und Verwaltungsjuristen, die von dessen Interpretation lebt, glaubhaft machen will. Dahinter stehen handfeste Interessen: Grundrechte, in der Französischen Revolution und nach den Weltkriegen als Utopie der Menschheit wahr geworden, sind in den letzten 65 Jahren friedlichen Zusammenlebens nicht mehr auf ihre ursprüngliche Aufgabe als Abwehrinstrumente gegen die willkürliche Staatsmacht beschränkt, sondern als Sammlung von Privatansprüchen zur persönlichen Bedürfnisbefriedigung uminterpretiert worden. Jeder, der sich vom Leben ungerecht behandelt fühlt, besinnt sich auf seine «Grundrechte» und hält sie dem Staat als Forderung entgegen: In einem Urteil von 2009 hat der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte entschieden, die obligatorische Krankenkasse müsse eine Geschlechtsumwandlung bezahlen. Auch deutlichen Volksentscheiden wird kein Respekt gezollt: Die vom Volk 2006 beschlossene Asylgesetzrevision, wonach renitente Antragsteller bis zu 24 Monaten in Ausschaffungshaft verbringen müssen, wurde auf Druck von aussen auf 18 Monate nach unten korrigiert. Linke und ihnen wohlgesinnte Juristen denken auch schon laut über ein nächstes Kampffeld nach, wonach uns eine europäische Sozialcharta, die mit einheitlichen Sozialleistungen die ganze Bevölkerung des Kontinents über einen Kamm scheren will, beglücken sollte.

Reife Demokratien steigen in Diskussionen ein, unreife verhängen Verbote und Beschränkungen.

Die Hüter des Völkerrechts, vom Rechtsprofessor über den Europarat bis zur UNO, sind immer weniger bereit, den wirklichen Menschenrechtsverletzungen ins Auge zu schauen, nehmen stattdessen mustergültige Rechtsstaaten wie die Schweiz ins Visier, um sie zu ausländerfreundlichen Sozialparadiesen umzuformen.

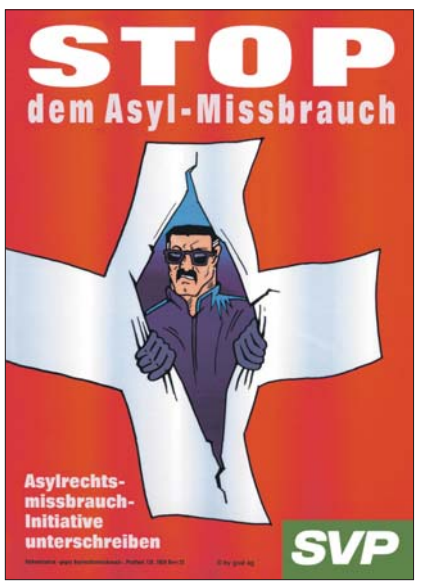
Ein Argument macht Karriere

Erstmals tauchte das Argument der angeblichen Völkerrechtswidrigkeit bei der ersten Asylinitiative der SVP 1996 auf, sodann bei der zweiten, später nach Annahme der Verwahrungsinitiative, 2006 bei der Abstimmung zum neuen Asyl- und Ausländergesetz, 2009 bei der Unverjährbarkeit von Kindsmissbrauch, im Rahmen der Minarettverbots-Initiative und schliesslich momentan bei der Ausschaffungsinitiative. Jedes Mal blieb der Eindruck schlechter Verlierer, die sich mit der Selbsteinbildung trösteten, dass vor allem die Dummen ein Ja auf den Stimmzettel geschrieben hätten. Das ist nichts anderes als die eigene Rechtsauffassung verabsolutiert.

Jede Volksabstimmung ist ein Gewinn.

Passt den Besserwissern das geltende Recht nicht, sollen sie sich zur Durchsetzung ihrer eigenen Vorstellungen Mehrheiten an der Urne suchen.

Fortsetzung Seite 5



Asylinitiative 2002.

Arbeitskräfte für Landwirtschaft und Gewerbe

Arbeitskräfte gesucht:
Als Betriebshelfer
als Temporärarbeitskräfte tage-, wochen- oder monatsweise für Bau-, Gartenbau, Industrie und Gewerbe

Arbeitskräfte im Angebot:
Betriebshelfer / Gärtner / Bauarbeiter
motivierte arbeitskräfte

Maschinenring
Maschinenring Zürich, 8630 Rüti, T: 055 251 41 41
info@maschinenring.ch www.maschinenring-jobs.ch

Kostenlos Probeschlafen

WBS - das Matratzensystem für den vollkommenen Schlafkomfort

wideg ag
Industriestrasse 25, 8625 Gossau
Tel 044 935 25 46
info@wideg.ch
www.wideg.ch

Schreinerei Hanspeter Rütschi

Mettlenbachstrasse 2a, 8617 Mönchaltorf
Tel. 044 949 20 00, Fax 044 949 20 01
www.schreinerei-ruetschi.ch
info@schreinerei-ruetschi.ch

- Allgemeine Schreinerarbeiten
- Umbau/Renovationen/Bauführungen
- Küchenbau Um- und Neubau
- Geräteaustausch
- Glasreparaturen
- Fenster
- Möbel-Spezialanfertigungen
- Einbruchschutz
- Schliessanlagen
- Türen
- Schränke
- Parkett/Laminat/Teppich/Kork und vieles mehr ...

Fragen Sie uns oder besuchen Sie unsere Ausstellung.

Der Bote für Ihre Botschaft!

Ein Inserat im «Zürcher Bote» lohnt sich.

Inserate buchen bei:
inweb ag, 044 818 03 07
info@inwebag.ch

Schmierstoffe für die Landwirtschaft - Besuchen Sie unseren **Shop** auf: **www.blaser.com**
oder rufen Sie uns an: Tel. 034 460 01 01

Erwachen am Sonntag

VON CHRISTOPH MÖRGELI

Beinahe drei Jahre lang konnte Eveline Widmer-Schlumpf am Wochenende ruhig schlafen. Weil sie wusste, dass die «NZZ am Sonntag» nur Gutes und Schönes über sie berichten würde – in allen Artikeln, Kommentaren und unzähligen Interviews, in denen die Bündnerin ihre krummen Touren geradereden durfte. In ihrem Hoforgan las sie nur huldigende Schlagzeilen: «Widmer-Schlumpf ist zu gut» – «Die Unerschrockene» – «Bundesrätin Nonstop» – «Eveline Widmer-Schlumpf kann gewinnen».

Beinahe drei Jahre lang hat Chefredaktor Felix E. Müller für seine «NZZ am Sonntag» eine geniale Strategie zurechtgezimmert: der SVP schaden, der FDP nützen. Genau in dieser Reihenfolge. Für das Schadensprogramm brauchte Müller eine erfolgreiche Widmer-Schlumpf, die er als Zürcher Zunftmeister nach ihrer Intrige gegen den Zürcher Bundesrat Blocher sogar ans Zürcher Sechseläuten einlud. «Eveline Widmer-Schlumpf plant härteres Asylgesetz als Blocher», hiess es jetzt frohgemut. Oder: «Sie hat ihr Arbeitsumfeld bald vollständig entblochert.» Dazu das Frohlocken: «Die neue Macht der FDP» – «Mit einer SVP in der Opposition hat die FDP jetzt gute Chancen, sich zu profilieren».

Leider kam's anders. Widmer-Schlumpfs BDP frisst die FDP auf. Und vor kurzem dämmerte der Redaktion der «NZZ am Sonntag» eine zusätzliche Erkenntnis: Eveline Widmer-Schlumpf wird 2011 vor den FDP-Bundesräten Burkhalter und Schneider-Ammann gewählt. Falls sie die Wiederwahl schafft, ist ein Freisinniger seinen Job los. Seither schiesst die «NZZ am Sonntag» aus allen Rohren: «Widmer-Schlumpf hat sich ins Abseits manövriert» – «Sympathien verscherzt» – «Nicht die Art der feinen Frau» – «Bundesamt für Migration wird zum Sanierungsfall». Kurz: Die Bündnerin werde 2011 «ohne richtigen Leistungsausweis dastehen».

Undank ist der Welt Lohn – auch bei der «NZZ am Sonntag». Wo Elisabeth Kopp Widmer-Schlumpf eben noch als «kompetente, tüchtige Politikerin» loben durfte. Wo Judith Stamm sich empörte, dass deren Sitz als «Manövriermasse» gelte. Wo alt Bundesrat Couchepin sie als «gute Bundesrätin» qualifizierte. Wo Hans Grunder bekräftigte: «Ich habe den Eindruck, dass es im EJPD jetzt keinen Wechsel gibt.» So weit der damalige eindrückliche Eindruck des gutinformierten BDP-Präsidenten. Und der gut informierten «NZZ am Sonntag».

AUSSCHAFFUNGSINITIATIVE UND GEGENENTWURF IN BEISPIELEN

Warum ein NEIN zum Gegenentwurf und ein JA zur Ausschaffungsinitiative?

Wie fälschlicherweise behauptet wird, ist der Gegenentwurf kein Kompromiss. Er verhindert die Ausschaffung von kriminellen Ausländern und fördert die Bürokratie und Administration durch die kostspieligen Verfahren und Rekurse. Ausschaffungen werden mit dem Gegenentwurf fast keine praktiziert oder zumindest in Folge von Rekursen über Jahre blockiert.

A. GEISSBÜHLER
NATIONALRÄTIN SVP
HERRENSCHWANDEN

Beispiel: Ein Türke verübte in der Schweiz einen Mord und muss ein paar Jahre ins Gefängnis und sollte anschliessend ausgeschafft werden. Da er aber hier in der Schweiz eine Familie hat, durfte er in der Schweiz bleiben. Der Gegenentwurf würde in einem solchen Fall keine Verbesserung bringen.

Der Gegenentwurf beinhaltet auch kein Mindestmass für die Einreisesperre von ausgewiesenen Ausländern, das heisst, sie könnten nach einem Jahr bereits wieder in die Schweiz zurückkommen. In der Praxis bedeutet dies ein längerer Urlaub in ihrem Heimatland, bevor sie dann wieder in die Schweiz zurückkehren würden.

Im Gegenentwurf würde ein «Integrationsartikel» festgeschrieben, welcher völlig fehl am Platz wäre und nichts mit der Ausschaffungsinitiative zu tun hat. Sie werden vielleicht sagen, es sei wichtig, Ausländer besser zu integrieren. Dies ist aber blauäugig und schlicht falsch. Die meisten Ausländer in der Schweiz sind ja integriert. Sie leisten ihren Beitrag an unsere Gesellschaft und Wirtschaft. Tatsache ist aber, dass sich ein kleiner Teil nicht integrieren will und kann. Integration ist ein Prozess, der nur funktioniert, wenn die zu integrierende Person dies auch will. Wenn dieser Integrationswille nicht aufgebracht wird, dann haben auch die teuersten Kurse, die besten Sozialarbeiter und die exklusivsten Integrationsangebote absolut keinen Sinn. Und über diese integrationsunwilligen, kriminellen Ausländer sprechen wir hier, welche die Schweiz als ihr Schlaraffenland ansehen, wo sie sich nach Lust und Laune austoben und unsere Sozialwerke ausnützen können.

Gegenentwurf: Integration von Kriminalität.

Beispiel: Eine junge ausländische Familie lebt hier in der Schweiz von der IV. Die Frau bekommt für sich und die Kinder ca. Fr. 6000.– pro Monat, er arbeitet noch zirka 30 Prozent, daneben bekommt er ebenfalls eine IV Rente von ca. Fr. 4000.–. Beiden ist keine Behinderung anzusehen und sie besitzen einen neuen Fr. 110000.– teuren Mercedes. Mit der Ausschaffungsinitiative könnten sie wegen Sozialmissbrauchs ausgeschafft werden. Mit dem Gegenentwurf würde es nur einen langen, von Steuergeldern finanzierten Prozess geben, und am Schluss wären der Staat oder der Kanton Schuld, weil die Familie zu wenig gut integriert worden sei.

Heute brauchen die zirka 22 Prozent Ausländer über 40 Prozent der Sozialleistungen. Bei der Polizeiarbeit sehen wir immer wieder, wie Ausländerfamilien IV und Sozialbezüge bekommen, die nicht gerechtfertigt und viel zu hoch sind. Viele Ausländer melden ihren Landsleuten wie schön es in der Schweiz sei, und dass man ohne zu arbeiten viel Geld bekommen würde. Diese Entwicklung kann nur mit der Ausschaffungsinitiative gestoppt werden.

Stehen wir zu unseren gut integrierten Ausländern und Ausländerinnen, aber belegen wir verurteilte, ausländische Straftäter mit einem Landesverweis.

Der Gegenvorschlag ist keineswegs ein «Entgegenkommen auf halbem Weg». Nein der Gegenvorschlag ist eine perfide Täuschung zur Verhinderung nahezu jeglicher Ausschaffungen.

Also ein JA zur Ausschaffungs-Initiative und ein NEIN zum Gegenvorschlag.

AUSSCHAFFUNGSINITIATIVE UND GEGENENTWURF IN ZAHLEN

Jährlich 1500 Ausweisungen Krimineller bei Annahme der SVP-Initiative

Gemäss heutiger Praxis werden laut Bundesamt für Migration jährlich schätzungsweise 350 bis 400 Wegweisungen von straffälligen Ausländerinnen und Ausländern angeordnet. Dagegen würden bei Annahme der Volksinitiative «für die Ausschaffung krimineller Ausländer (Ausschaffungsinitiative)» auf Grund der Verurteiltenstatistik rund 1500 Wegweisungen verfügt werden. Bei einer Annahme des Gegenentwurfs wären es höchstens zwischen 750 und 800 straffällige Ausländer.

REINHARD WEGELIN
POLITIK.CH

Entsprechend den im Gegenentwurf vorgesehenen Kriterien müssten jährlich schätzungsweise zwischen 750 und 800 straffällige Ausländer weggewiesen werden. Von diesen maximalen Zahlen müssen jedoch noch diejenigen Fälle abgezogen werden, bei denen der Vollzug der Wegweisung nicht möglich ist. Wie viele das sein werden, geht aus der Statistik nicht hervor, da die Gerichte beim Gegenvorschlag das letzte Wort haben.

Eine Umfrage der Vereinigung der kantonalen Migrationsbehörden (VKM) schätzt, dass gemäss heutiger Praxis jedes Jahr 350–400 Wegweisungen gegen straffällige Ausländerinnen und Ausländer mit einer Aufenthalts- oder Niederlassungsbewilligung angeordnet werden. Diese Umfrage erfolgte 2008 im Auftrag des Bundesamts für Migration (BFM). Eine genaue Statistik über diese Fälle besteht jedoch nicht.

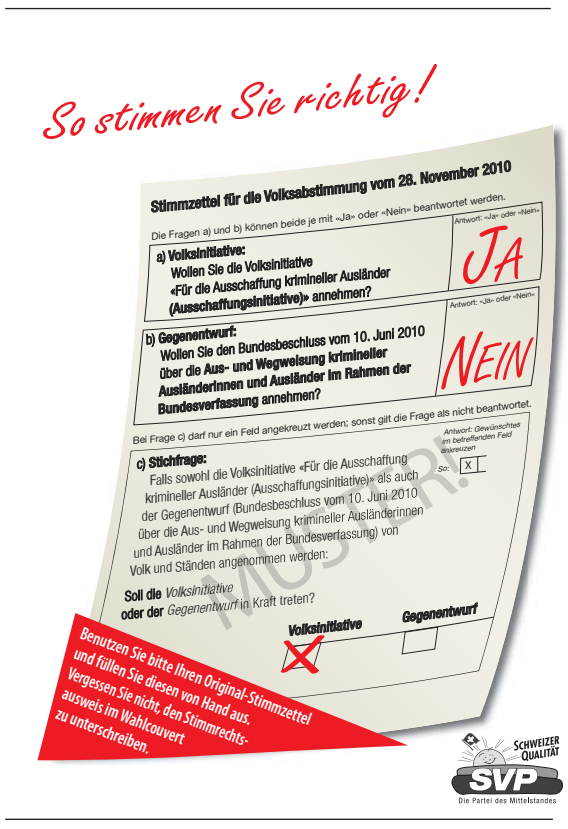
Ausschaffung.

Gemäss einer Auswertung der Verurteiltenstatistik 2008 des Bundesamtes für Statistik schätzt das BFM, dass im Vergleich zur heutigen Praxis bei einer Annahme der Ausschaffungsinitiative jährlich rund viermal so viel straffällige Ausländerinnen und Ausländer mit Aufenthalts- oder Niederlassungsbewilligung weggewiesen werden müssten (rund 1500 Wegweisungen). Die höhere Zahl bei der Initiative ergibt sich hauptsächlich daraus, dass gemäss der Initiative auch Verurteilungen insbesondere im Bereich Drogenhandel und Einbruch zu einer automatischen Wegweisung führen würden. In der Medienmitteilung nennt das Bundesamt diese Fälle «Bagatellfälle».

Gerichte haben das letzte Wort

Entsprechend den im Gegenentwurf vorgesehenen Kriterien müssten jährlich schätzungsweise zwischen 750 und 800 straffällige Ausländerinnen und Ausländer mit Aufenthalts- oder Niederlassungsbewilligung weggewiesen werden.

Auch diese Zahlen basieren auf der Verurteiltenstatistik 2008. Doch hier gilt es zu beachten, dass bei einem Teil dieser Fälle die Grundsätze der Verfassung und des Völkerrechts solchen Massnahmen entgegenstehen würden, die gemäss dem Gegenentwurf einzuhalten sind. Beide Schätzungen berücksichtigen den missbräuchlichen Bezug von Sozialhilfe und Sozialversicherungsleistungen im Übrigen nur teilweise.



ZITAT DER WOCHE

FULVIO PELLI
PARTEIPRÄSIDENT FDP SCHWEIZ
SORENGO / TI

«Wir sind keine Volkspartei»

Interview mit «20min» zum Thema Listenplatzkosten bei der FDP vom 11. Oktober 2010.

NEKROLOG

Dr. iur. Hans Ulrich Graf

(20. Juni 1922 bis 3. Oktober 2010)

Am 20. Juni 1922 ist Hans Ulrich Graf in Bülach geboren worden. Seine Eltern betrieben in Bülach den Verlag und die Druckerei für das «Neue Bülacher Tagblatt». Es handelte sich dabei um einen Familienbetrieb, wie sie im Zeitungsverlag heute kaum mehr zu finden sind.

Hans Ulrich besuchte die Volksschule in Bülach und die Kantonsschule in Winterthur, wo er das Maturitätszeugnis des Typus A (alte Sprachen) erwarb. Das anschliessende Studium der Rechte schloss er 1949 mit dem Titel eines doctor iuris utriusque ab.

1950 übernahm Hans Ulrich zusammen mit seinem Bruder das elterliche Geschäft, das er bis vor einigen Jahren als Chefredaktor und Geschäftsführer massgeblich leitete.

Seiner 1954 geschlossenen Ehe entsprossen zwei Töchter.

An der Kantonsschule Winterthur wurde Hans Ulrich bei der «Vitodurania» aktiv, wo er alsbald den cerevis «Sirach» erhielt, der eigentlich ausgezeichnet zu ihm passt. Schon als Mittelschüler war er ein ausgezeichneter Leichtathlet, eine Sportart die er auch während dem Studium weiter pflegte. Dazu kam dann später der Schiesssport, der ihn sein ganzes Leben lang intensiv beschäftigte. Eine grosse Passion war für ihn auch die Teilnahme an Waffenläufen. Sein bevorzugter Lauf war der «Frauenfelder», ein besonders harter Marathon, der mit Packung, Gewehr und Marschschuhen zu bewältigen war.

Seinen Militärdienst leistete er bei der Feldartillerie, RS 1943, UOS und OS1944 in Thun und Bière mit Beförderung zum Lt. der Artillerie. Später wurde er als Chef Heer und Haus im Grade eines Hauptmanns im Stab der Grenzbrigade 4 eingeteilt.

Schon 1945 wurde der Jubilar bei der Schützengesellschaft Bülach als Pistolenschützenmeister Obmann der Pistolengruppe. Von 1953 bis 1962 war er Jungschützenchef im Bezirksschützenverein Bülach, den er anschliessend von 1962 bis 1967 präsidierte.

Nach seiner 1958 erfolgten Wahl in den Vorstand des Zürcher Kantonalschützenvereins betreute er bis 1967 verschiedene Ressorts. Er war kant. Jungschützenchef, Mitglied der Presse- und Propagandakommission, der Subventionskommission usw. Daneben diente er noch vier Jahre als Schiessoffizier in der Schiesskommission Bülach.

1960 übernahm Hans Ulrich Graf in Stellvertretung von Ernst Dättwyler das Amt eines Chefredaktors der Schweiz. Schützenzeitung, ein wichtiges Amt, das ihm 1962 definitiv übertragen wurde und von dem er 1970 nach zehnjähriger, erfolgreicher Tätigkeit zurücktrat.

Schon 1961 berief ihn das ZK in die Schützenzeitungs- und Gruppenmeisterschaftskommission und 1962 wurde er Verbindungsmann zu Radio und Fernsehen.

Von 1966 bis 1981 gehörte Dr. Graf dem Zentralkomitee des SSV an, wo er als eidg. Jungschützenchef amtete. Daneben gehörte er der Schiess-, Disziplinar-, Guppenmeisterschafts- und Schützenzeitungskommission an.

Die grösste Leistung von Hans Ulrich Graf im Dienste des SSV war der Aufbau eines vorbildlichen Pressedienstes, der von Walter Lutz, dem damaligen Chefredaktor der Zeitung «Sport», als der beste seiner Art bezeichnet wurde. Dazu gehörte die Organisation der Meldezentrale für die Gruppenmeisterschaft in Fraubrunnen und für das Feldschiessen, die noch heute in der damals entwickelten Form funktioniert.

Nach seinem im Jahr 1981 erfolgten Rücktritt aus dem ZK legte der Jubilar seine Hände keineswegs in den Schoss. Er übernahm als OK-Präsident die Organisation und Durchführung des Zürcher Kantonalschützenfestes 1982, das unter dem Motto «Freundschaft in der Freiheit» ein ganz besonderes Ratsherrenschiessen ins Leben rief. Dieser Anlass war dermassen erfolgreich, dass er seither immer wieder durchgeführt wird, unter Beteiligungen von über 1000 Ratsherren aller Behörden aus dem Kanton Zürich.

Als Herausgeber einer wichtigen Tageszeitung, die das Zürcher Unterland bedient, war der Jubilar auch politisch sehr aktiv. 1971 wurde er für die Republikaner von James Schwarzenbach, mit dem er befreundet war, in den Nationalrat gewählt. Nach dem Verschwinden dieser Partei wechselte er 1978 zur SVP und trat dann 1991 altershalber aus dem Rat zurück. Anlässlich dieses Rücktritts wurde die politische Arbeit von Nationalrat Dr. H. U. Graf durch den damaligen Parteipräsidenten Nationalrat Dr. Christoph Blocher umfassend gewürdigt. Seine politischen Zielsetzungen waren die Existenzsicherung des Gewerbes, der Kampf gegen die Aufblähung der Bürokratie und die Erhaltung einer schlagkräftigen Armee. Seine Voten im Rat waren immer klar und «Züri-Tütsch und tüütli.»

Als Liberaler setzte er sich ein für die Wirtschaft und das Gewerbe. Als selbstbewusster Patriot und Konservativer trat er für die Eigenständigkeit und Neutralität unseres Landes ein.

Während zehn Jahren war er Mitglied der ständigen Militärkommission, wo er sich immer konsequent für Schlagkraft der Armee und gegen die Aufweichung der Wehrpflicht durch den Zivildienst verdient gemacht hat. In diesem Zusammenhang ist auch sein Einsatz für das ausserdienstliche Schiesswesen zu erwähnen, das er als staatserhaltendes Element und als Ausdruck der Wehrhaftigkeit und eines selbstbewussten Patriotismus gesehen hat.

Anlässlich der Opernhauskrawalle in Zürich hat er sich gegen eine Amnestie für die Krawallanten gewandt. Seine damaligen Worte sind auch heute noch aktuell: «Jenen unter uns, die aus christlicher Nächstenliebe handeln wollen und dabei übersehen, dass revolutionäre Gewalt niemals durch die entgegengestreckte Hand gebändigt werden kann, sei gesagt, dass die Wahrung von Recht und Gerechtigkeit, die Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung und der Schutz des Bürgers vor Verbrechen ebenso zu ihren ethischen Verpflichtungen gehören wie die gegebenenfalls notwendige Kunst des Verzeihens und des mitmenschlichen Verstehens. Aber eine solche Milde und Verzeihung ausgerechnet gegenüber diesen Rechtsbrechern, gewährt von Ratsmitgliedern, die einen feierlichen Eid auf unsere Bundesverfassung abgelegt haben, scheint mir gänzlich unangebracht, ja stossend zu sein.»

Bei seinem Kampf gegen die Staatskrücken hat er als erfolgreicher Zeitungsmacher auch seine eigene Branche nicht verschont. So ist es ihm seinerzeit gelungen, eine Motion Friedrich/Kopp für eine staatliche Presseförderung praktisch im Alleingang zu bodigen.

In einem wichtigen Vorstoss in Sachen Umweltschutz hat H. U. Graf seinerzeit vom Bundesrat verlangt, die Einführung von bleifreiem Benzin in der Schweiz voranzutreiben. Dieser Vorstoss hat dann zu einer umfassenden Verbreitung der Katalysatortechnik geführt. Während mehr als zehn Jahren hat er sich auch hartnäckig dafür eingesetzt, dass jene Schweizer, die in der ehemaligen DDR enteignet und um ihr Vermögen gebracht wurden, zu einer korrekten Entschädigung gekommen sind.»

Auch als Mitglied der Geschäftsprüfungs- und anderer Kommissionen hat Nationalrat Graf ein hohes Mass an wertvoller politischer Arbeit geleistet.

Hans Ulrich Graf blieb auch von harten Schicksalsschlägen nicht verschont. Vor einigen Jahren wurde der Druckereibetrieb durch Brandstifter heimgesucht und total verwüstet. Die Urheber dieser Brandstiftung, die politisch motiviert war, konnten nie ermittelt werden. Diese schändliche Tat, aber auch die wenig effizienten Ermittlungen von Polizei und Bezirksanwaltschaft haben ihn sehr enttäuscht. Trotz Versicherungsleistungen war der Schaden gewaltig und brachte den Betrieb fast an den Rand des Ruins. Aber unermüdlich und mit grosser Schaffenskraft machte sich der Jubilar zusammen mit seinen Verwandten an den Wiederaufbau des Geschäfts.

Seit der Übergabe des Geschäfts an die Familie seines Bruders Heini Graf im Juli 2001 wirkte HUG, so sein Kürzel, nur mehr im Hintergrund, nachdem er während 51 Jahren das «Neue Bülacher Tagblatt» zu einer sehr beachtenswerten Zeitung zu formen wusste; seine wohlformulierten und pointierten Artikel und Glossen, vor allem auch im samstäglichen «Bülacher Trichter» wurden von der treuen Leserschaft ganz besonders goutiert.

HUG lebte als Mensch, der auch den angenehmen Seiten des Lebens nicht abhold war.

Als Entspannung von der aufreibenden Tätigkeit eines Zeitungsmachers und Politikers pflegte er die Geselligkeit in einem auserlesenen Kreis von Freunden. Da kam jeweils auch sein Humor und sein unerschütterlicher Optimismus zum Vorschein. Wer erinnert sich nicht gerne an solche Zusammenkünfte, wo er dann in vorgerückter Stunde jeweils seinen Trick mit dem Salto mortale des vollen Weinglases zum besten gab, nota bene ohne einen einzigen Tropfen zu verschütten.

Mit Hans Ulrich Graf ist ein bedeutender Politiker, ein treuer, standfester Eidgenosse, ein wertvoller Mensch und ein guter Freund dahingegangen. Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.

Rolf Walter Siegenthaler, Zürich

Hans Ulrich Graf: Verleger und Chefredaktor des «Neuen Bülacher Tagblatts» (vormals «Bülach-Dielsdorfer Volksfreund»).

Einladung

zur Delegiertenversammlung

Dienstag, 19. Oktober 2010, 20.00 Uhr

im «Strickhof» in Winterthur-Wülflingen

Vorprogramm (ab 19.30 Uhr, Türöffnung 19.00 Uhr)
– Musikalischer Auftakt durch den Jodelclub Wulflingen (Leitung Geri Zumbrunn)
– Begrüssung durch René Isler (Kantons- und Gemeinderat, SVP Winterthur)

Traktanden

1. Begrüssung / Standortbestimmung — Parteipräsident
2. Budget und Mitgliederbeiträge 2011 — NR Toni Bortoluzzi (SVP, Affoltern a. A.)
3. Volksabstimmung vom 28. November 2010
   3.1 Eidg. Volksinitiative «Für faire Steuern. Stopp dem Missbrauch beim Steuerwettbewerb (Steuergerechtigkeits-Initiative)»
   Information: NR Hans Kaufmann (SVP, Wettswil)
   3.2 Parolenfassung zur Volksinitiative «Für die Ausschaffung krimineller Ausländer (Ausschaffungsinitiative)» Pro: NR Natalie Rickli (SVP, Winterthur)
   Kontra: NR Daniel Vischer (Grüne, Zürich)
4. Ehrencharta und Grundsätze – Wahlen 2011 — Parteipräsident
5. Parteiprogramm 2011–2015 — NR Christoph Mörgeli
6. Verschiedenes — Parteipräsident

Mit freundlichen Grüssen
Schweizerische Volkspartei des Kantons Zürich

Der Parteipräsident:
Alfred Heer

Der Sekretär:
Dr. Yves Gadient

SCHWEIZER QUALITÄT SVP Die Partei des Mittelstandes

Dr. Hans Ulrich Graf

Ex Nationalrat
ist im 89. Lebensjahr gestorben.

Wir kannten uns seit 1980 und hatten 1987–1991 noch eine gemeinsame Legislatur. Er war kein «ausgewogenes» Weichei, sondern ein Mann der Grundsätze mit einem phänomenalen Beziehungsnetz. Als um 1984 die Jahrhundertlüge Waldsterben erfunden wurde, womit Sozialisten und der inzwischen untergegangene Landesring versuchten, mittels angeblich kranken Bäumen das System zu ändern, gründete Hans Ulrich Graf die parlamentarische Auto-Lobby, was ihm insbesondere bei welschen Kollegen grosse Sympathien einbrachte. Dazu kam sein unerschöpfliches Reservoir an guten Sprüchen, wie er auch geistreich und schlagfertig war.

REQUIESCAT IN PACE *Michael E. Dreher*

6. SVP-Studententreff

Liebe Studierende der Uni, ETH und FH Zürich

Am Montag, dem 25.10.2010, um 18:30 Uhr treffen wir uns im Rahmen des SVP-Studententreffs im Restaurant Oberhof (Zürichbergstrasse 24, 8032 Zürich) zu einem weiteren spannenden Anlass zum Thema der

Ausschaffungsinitiative
über die wir am 28. November abstimmen können.

Als Gast dürfen wir

NR Hans Fehr
Mitglied des Initiativkomitees
begrüssen.

Es würde uns freuen, wenn Du auch dabei bist.

Eine Anmeldung ist bis spätestens den 21.10. 2010 unter studententreff@gmail.com erforderlich.

(Kosten: 3-Gang-Menu Fr. 30.–)

SCHWEIZER QUALITÄT SVP Die Partei des Mittelstandes

REISEBERICHT*

Augenschein in Stalingrad, Kaluga und Moskau

Für den Zürcher Boten berichtet Nationalrat Hans Fehr Historisches aus Wolgograd (ehemals Stalingrad), von der Landwirtschaft und Industrie in Kaluga sowie aus der Grossstadt Moskau.

HANS FEHR
NATIONALRAT SVP
EGLISAU

Wolgograd, Anfang August 2010. Bei 42 Grad Celsius und einem fast unerträglich heissen Wind scheint die Steppe 25 Kilometer nördlich vom Zentrum Stalingrads (seit 1961 Wolgograd genannt) zu kochen. Gegen 200 000 Tote von den Kämpfen zwischen Don und Wolga, vor allem Deutsche, haben beim ehemaligen Dorf Rossoschka ihre letzte Ruhestätte gefunden. Vor genau 68 Jahren haben hier erbitterte Kämpfe zwischen der 6. Deutschen Armee und der Roten Armee stattgefunden. Vom Spätsommer 1942 bis zum 2. Februar 1943, bei Temperaturen von zunächst 40 Grad über Null und später bis 40 Grad unter Null, hat um die Stadt mit dem für Hitler magischen Namen eine erbarmungslose Schlacht um jedes Haus, um jede Ruine, um jeden Quadratmeter Boden getobt.

Soldatenfriedhof Rossoschka bei Wolgograd: Mehr als 100 000 Namen deutscher Soldaten.

Am 23. November 1942 hatte die Rote Armee unter dem Oberbefehl von Marschall Schukow die 6. Armee von Generaloberst Friedrich Paulus, die ursprünglich 220 000 Mann zählte, in einem Gebiet von etwa 60 auf 25 Kilometer vollständig eingekesselt. Der Kessel wurde von mehreren sowjetischen Armeen immer mehr eingedrückt und vom Nachschub abgeschnitten. Die Leiden der Soldaten beider Seiten und der in der völlig zerstörten Stadt verbliebenen russischen Zivilisten waren fast unvorstellbar. Am 31. Januar 1943 wurde der kurz zuvor noch zum Feldmarschall beförderte Paulus im Kommandoposten der 71. Infanteriedivision gefangen genommen. Dieser Kellerbunker im damals einzigen Warenhaus der Stadt ist unversehrt geblieben. Am 2. Februar 1943 haben die letzten deutschen Kräfte im Kessel kapituliert. Die 91 000 Überlebenden kamen in russische Gefangenschaft, wo in der Folge die meisten wegen Krankheiten und Entbehrungen umgekommen sind; nur etwa 6000 Soldaten haben ihre Heimat wieder gesehen. 42 000 Verwundete sowie «kriegswichtige» Spezialisten waren bis zum Zusammenbruch noch ausgeflogen worden.

Stalingrad war bekanntlich die entscheidende Wende für den Kriegsverlauf an der Ostfront. Hitler, der dem zögerlichen Paulus einen Ausbruch aus dem Kessel untersagt hatte, übernahm nachher die «alleinige Verantwortung» für die Katastrophe – was immer das heissen mag. Die russischen Kämpfer wurden von den Sowjets verständlicherweise zu Helden und Stalingrad zur Heldenstadt erklärt. Der besonders hart umkämpfte Mamaj-Hügel ist heute ein riesiges Heldenmonument, dominiert von der 85 Meter hohen «Mutter Heimat» aus Beton, die mit gezogenem Schwert zum weiteren Kampf gegen die Faschisten aufruft.

Die Stadt Wolgograd kämpft heute, wie viele russische Städte in der «Provinz» abseits der Moskauer Metropole, mit grossen wirtschaftlichen Schwierigkeiten und einer scheinbar unausrottbaren Korruption. Viele Wolgograder, und viele Russen generell, ergeben sich scheinbar stoisch in die schwierige Situation; von der Regierung erhofft man sich wenig bis nichts.

Schweizer Bauern in Kaluga.

Kaluga, 200 Kilometer südlich von Moskau, bei den «Schweizer Bauern». Es ist schon nach Mitternacht, als unsere kleine Reisegruppe von Jakob Bänninger (aus Attikon) und Hans Michel (aus Bönigen) samt dessen russischer Frau Julia und den beiden kleinen Kindern herzlich begrüsst und zum Nachtessen empfangen wird. Seit 2004 haben die beiden Schweizer Meisterlandwirte Pionierarbeit geleistet und zusammen mit russischen Angestellten den Betrieb «Schweizer Milch» aufgebaut, der dank riesigen Anstrengungen bald schwarze Zahlen schreiben soll. Insgesamt 615 Hektaren werden bewirtschaftet (davon 495 ha Grünland, 90 ha Silomais und 30 ha Winterweizen); 500 ha sind Brachland. Dazu kommen rund 250 Milchkühe, 85 trächtige Rinder, 130 Kälber und 190 Stiere. Die Standbeine des Betriebes sind die Milch- und Fleischproduktion, der Futterbau sowie Lohnarbeiten und Tourismus. Die Kühe werden in Schichten gemolken, und jeden Tag werden an Ort und Stelle rund 1500 Tetrapackungen Milch hergestellt und an die Abnehmer geliefert. Drei Brigaden zu vier Personen sind fürs Melken und Füttern zuständig. Marcel Bucher aus dem Entlebuch ist vor allem für das «Herdenmanagement» verantwortlich, Florian Reichlin aus Vitznau für den Maschinenpark. Zunehmende Bedeutung hat der Tourismus in der schönen Landschaft mit Flüssen und Seen und dem vorzüglichen Gästehaus «Malenkaja Schweizarija» (Junge Schweiz).

Auch der Besuch des hochmodernen und riesigen VW-Werks in der Nähe von Kaluga ist sehr beeindruckend. Ein grosser Teil der Infrastruktur wurde unter der Leitung des Appenzeller Unternehmers Roland Lei gebaut, der schon seit 17 Jahren in Russland tätig ist und mit allen Widerständen umzugehen weiss. Anschliessend empfängt uns der Chef von «Volkswagen Russland» und zeigt uns den gigantischen Betrieb, der dank guten Beziehungen zu Regierungskreisen in Rekordzeit erstellt wurde und noch weiter ausgebaut wird. Wegen der hohen russischen Importzölle lohnt es sich, auf den Fliessbändern gleichzeitig vier verschiedene VW- und Skoda-Modelle für den russischen Markt herzustellen. Mit geradezu genialer Technik lässt sich das bewerkstelligen. Der VW-Chef greift auf unserem Rundgang plötzlich sehr energisch und direkt bei der «Basis» und beim zuständigen Kader ein, als eine Arbeitergruppe etwas vor dem Schichtende nach Hause gehen will. Eine straffe Führung sei dringend nötig, und bei etlichen Leuten müsse man noch «Erziehungsarbeit» leisten, sonst habe der Betrieb längerfristig keine Chance, meint der Chef.

Moskau: Der Grosse Kremlpalast.

Moskau. Der Gegensatz zu Kaluga könnte kaum grösser sein. Die 10-Millionen-Stadt, die als Wirtschaftsmetropole einen gewaltigen Boom erlebt, liegt bei unserem Aufenthalt wegen hunderten von Waldbränden unter einem dichten Smog- und Rauchdeckel, der das Atmen schwer macht und die zulässigen Grenzwerte an Kohlenmonoxid und -dioxid mehrfach überschreitet. Der Grossraum Moskau ist in einen milchig-gelblichen Nebel getaucht, der Kreml und andere Gebäude sind nur schemenhaft zu sehen. Das Ganze macht einen unheimlichen, fast apokalyptischen Eindruck. Das Hotel Ritz-Carlton, wo wir dank der guten Beziehungen unseres Führers und Dolmetschers, der aus dem Kanton Glarus stammt, zu einem Vorzugspreis untergebracht sind, ist eine andere Welt.

Es ist verständlich, dass die Moskowiter und Abermillionen von Russen, die unter der Smogwolke leiden und nicht einfach ins Hotel, auf ihre Datscha (Landhaus) oder in eine andere Region ausweichen können, auf die Regierung und die Verantwortlichen in den Oblasten (Kantone) wütend sind. Denn sie haben trotz frühzeitiger Warnungen zu spät gehandelt, und die vorhandenen Mittel sind oft ungenügend.

Ein gewaltiges Problem ist die verbreitete Korruption. «Ohne Schmiergelder oder ähnliche Praktiken geht wenig bis nichts», wird von verschiedener Seite geklagt. Von der Regierung Putin wird zwar der Kampf gegen Korruption und Bürokratismus lauthals beteuert. In Wirklichkeit hat die Zahl der Staatsbeamten und Kontrolleure aber weiter zugenommen – und auch diese zusätzlichen Beamten sichern sich ihren «Anteil am Geschäft». Die für eine funktionierende Wirtschaft und für ausländische Investoren erforderliche Rechtssicherheit ist eher ein Fremdwort. Den Profiteuren, die sich im Zuge einer wilden, unkoordinierten Privatisierung seit dem Zusammenbruch der Sowjetunion schamlos bereichert haben, steht die Masse jener Leute gegenüber, die vor allem in der «Provinz» ohne grosse Perspektiven ihr Leben fristen müssen. Verbesserungen sind zwar da und dort im Gang, aber der Weg ist noch weit.

Kann die Schweiz einen Beitrag leisten? Ja, versichert man uns, denn unser Land besitzt bei den Russen einen sehr guten Ruf. Die wirtschaftlichen Beziehungen sollen nun mit einem Freihandelsabkommen ausgebaut werden. Und die besondere Wertschätzung unserer Neutralität wird auch von Duma-Seite (Parlament) ausdrücklich betont. So nimmt die neutrale Schweiz beispielsweise die diplomatischen Interessen zwischen Russland und Georgien wahr.

Ein abschliessendes sehr informatives Frühstücksgespräch auf der Schweizer Botschaft in Moskau unter Leitung des erfahrenen und kompetenten Botschafters Walter Gyger bestätigt diesen Eindruck. Unter seiner Vermittlung leistet unser Land auch gezielte Hilfe zur Bekämpfung der Waldbrände.

Die Hoffnung bleibt, dass das stolze russische Volk, das seine Leidensfähigkeit in der Geschichte immer wieder unter Beweis stellen musste, einer besseren Zukunft entgegengeht

* Eine kleine Reisegruppe, bestehend aus den Nationalräten Hans Fehr, Ulrich Schlüer, Hans Kaufmann und Silvia Flückiger sowie drei weiteren Personen, hat Russland vom 2. bis 9. August 2010 auf privater Basis bereist.

Mit Sicherheit das Pneuhaus mit den vernünftigen Preisen!

Öffnungszeiten:
Mo–Fr 8.00–12.00 Uhr/13.30–18.30 Uhr
Sa 8.00–12.00 Uhr
oder nach telefonischer Vereinbarung

In topmoderner Werkstatt
• Pneus für: LKW, PW, Landwirtschaftsmaschinen, Motorräder, LKW-Neugummierungen
• Alu- + Stahlfelgen • Radwaschmaschine

Otto Schaufelberger Hinwil
Fabrikstr. 3, Tel. 044 937 43 91

Dieselöl Benzin
HEIZOELHAURI
Th. Hauri Brennstoffe AG
Wehntalerstrasse 366 8046 Zürich
Telefon 044 371 27 75 / 371 28 88

SVP Plakatständer

- Aktion für Wahlen 2011
- robuste Konstruktion
- nur für SVP Sektionen

Robustständer
CHF 260.00
- verzinkter Metallrahmen mit Alu Träger
- Hülse für Naturboden verzinkt
- F4 Weltformat
- beidseitig beklebbar mit Kleister
- 16 Kilo

Leichtständer
CHF 360.00
- verzinkter Metallrahmen mit Alu Träger
- Hülse für Naturboden verzinkt
- F4 Weltformat
- Plakate werden einfach beidseitig in Plexiglas eingelegt (können bei feuchtigkeit Wellen werfen)
- 12 Kilo

Konditionen
- Zahlung bei Abholung oder Vorkasse
- Abholung in Rüti
- Lieferfrist max 6 Wochen

Bestellung: Anzahl Robustständer ☐ Anzahl Leichtständer ☐
Adresse: _____
Telefon: _____ Mail: _____

SVP Bezirk Hinwil, Martin Suter, Neuwiesenstr. 5, 8630 Rüti
Tel 055 251 41 41 Fax 055 251 41 42 Mail info@sutermartin.ch
SVP

AUSSCHAFFUNGSINITIATIVE VOM 28. NOVEMBER 2010

Plakatierung und Werbemittel

YVES GADIENT
PARTEISEKRETÄR SVP
MEILEN

Die SVP hat sich über die Zeit einen Vorteil erarbeitet: Wir verfügen über ein langjährig aufgebautes, dichtes Plakatierungsnetz über den ganzen Kanton Zürich. Dieses Plakatierungsnetz ist elektronisch erfasst und wird fortlaufend verbessert und ausgebaut. Von diesem Vorteil können wir jedoch nur profitieren, wenn wir von unserem Plakatierungsnetz best möglich Gebrauch machen.

Wir rufen alle Ortssektionen und Privatpersonen auf, die Plakate bis spätestens dieses Wochenende vom 16./17. Oktober 2010 zu stellen.

An alle Parteimitglieder und Interessierte: Plakate (F4, A2 oder Kandelaber), Flyer oder Bierdeckel können Sie gerne in beliebiger Anzahl an der Delegiertenversammlung vom 19. Oktober 2010 in Winterthur beziehen oder jederzeit auf dem Sekretariat bestellen (044 217 77 66 oder sekretariat@svp-zuerich.ch.

Herzlichen Dank
für Ihre Unterstützung!

Bäretswil: Plakatierung «Ausschaffungsinitiative JA»...

... und «Gegenentwurf NEIN».

Fortsetzung von Seite 1

Ultimative Waffe für demokratische Verlierer: Das Völkerrecht

Unschwer zu erkennen ist, dass die schärfsten Angriffe aus der sozialistischen Ecke kommen, während die politische Mitte die Niederlagen stets in völliger Selbstverständlichkeit akzeptiert hat und zum Alltagsgeschäft übergegangen ist.

Kein Machttransfer an eine übergeordnete Instanz

Direkte Demokratie ist eine äusserst wertvolle Errungenschaft; sie garantiert, dass sich die gewählten Politiker gezwungen sehen, ihre Entscheide und ihre sachpolitischen Ansichten zu rechtfertigen und in Abstimmungskampagnen zu erklären, anstatt irgendein «übergeordnetes Recht» herbei zu sehnen, das angeblich die innerstaatliche Lösung überragen soll. Gewinner in der Demokratie schweizerischer Prägung ist, wer über die plausibelsten Argumente verfügt. Diese herausfordernde Art des Politisierens wirkt Staatsverdrossenheit entgegen und stellt hohe Ansprüche an ihre Bürger, die im Gegenzug mehr Stabilität, bessere Kostenkontrolle und ein System mit grösserer Glaubwürdigkeit erhalten.

Völkerrecht entzieht sich dieser Legitimation. Kein anderes Land auf diesem Planeten knausert so mit der Übertragung von Befugnissen an eine internationale, anonyme Instanz. Das hat die Schweiz und ihre Bürger stark gemacht. Die Abgesänge auf angebliche Widersprüchlichkeit mit internationalen Regeln sind ohnehin schon inflationär gebraucht und werden sich irgendwann noch vollständig abnutzen. Reife Demokratien steigen in Diskussionen ein, unreife verhängen Verbote und Beschränkungen.

Erleichterte Einbürgerungen 2004.

Personenfreizügigkeit 2009.

Jede Volksabstimmung ist ein Gewinn, stärkt die nationale Souveränität gegenüber schleichenden Abhängigkeiten und Einflussnahmen von aussen. Einschränkungen der direkten Demokratie nützen daher Politikern, dem Staat selber, den Lobbyisten, und diese tummeln sich auf internationalem Parkett zuhauf. Eines Tages landen dann deren Interessen in Richtlinien und Staatsverträgen verpackt auf den Schweizer Beamtenpulten, die auf die Umsetzungspflicht verweisen. Auf diese Weise stehlen sich Tausende von Politikern in Europa und in aller Welt aus ihrer Rechenschaftspflicht gegenüber ihren Bürgern: Mitgliedstaaten werden einfach zu Vollstreckern degradiert. Das soll der Schweiz nicht noch in verstärktem Masse passieren. Solche Gebahren sind als das zu demaskieren, was sie sind, nämlich sozialistisches Wunschdenken einer politischen Expertokratie, allesamt natürlich aus der gut ausgestatteten Welt der öffentlich finanzierten, geschützten Werkstätten stammend.

Minarett-Initiative 2009.

Ausschaffungsinitiative 2010.

VOR NEUEM STEUERSTREIT?

EU bedroht erneut das Selbstbestimmungsrecht der Schweiz

Wenn unsere internationalistische «Elite» bei jeder Gelegenheit vom Völkerrecht schwadroniert, unterschlägt sie konsequent einen wichtigen völkerrechtlichen Grundsatz: Das Selbstbestimmungsrecht der Völker. Obwohl dieses in Artikel 1 der Uno-Charta verankert ist, versuchen die EU und einige ihrer Mitgliedstaaten der Schweiz unter anderem die Ausgestaltung ihres Steuerrechts vorzuschreiben. Und was noch schlimmer ist: Der Bundesrat lässt sich dies gefallen.

CLAUDIO ZANETTI
POLITIK.CH

Die EU-Ratspräsidentschaft obliegt derzeit Belgien. Der Zwergstaat hat mit enormen Problemen zu kämpfen. Der Zusammenhalt des Landes ist nicht gesichert, und es findet sich nicht einmal eine politische Mehrheit zur Bildung einer ordentlichen Regierung. Gleichwohl erachtet sich die «Geschäftsführung» für berufen, im Ausland für «Ordnung» zu sorgen. Am 19. Oktober will sie beim Rat der EU-Finanzminister eine «politische Einigung» zur so genannten Amtshilfe-Richtlinie erreichen. Mit der Revision dieser Richtlinie zur Amtshilfe in Steuerfragen greift die Präsidentschaft jenen Gesetzesvorschlag auf, der einerseits den Informationsaustausch auf Anfrage nach OECD-Standard in EU-Recht integrieren soll und andererseits den automatischen Informationsaustausch zwischen Steuerbehörden der EU-Staaten regelt. Letzterer besteht schon heute teilweise. Unter anderem sollen Dividenden, Einkommen aus Grundeigentum, Löhne und Renten darunter fallen. Erfasst werden soll der Besteuerungszeitraum ab 1. Januar 2014. Jene Staaten, die diese Bereiche noch nicht automatisch erfassen, müssten sich anpassen. Bis jetzt verfügen die Steuerverwaltungen der EU-Länder je nach nationalem Steuergesetz über unterschiedliche Daten. Bankdaten und das Bankgeheimnis sind von dieser Richtlinie nicht direkt betroffen.

EU: Bedrohung für die Schweizer Selbstbestimmung.

Die weiteren Teile des Pakets sind eine Revision der Richtlinie zur Zinsbesteuerung, die Verabschiedung des Betrugsbekämpfungsabkommens mit Liechtenstein sowie ein Mandat für die EU-Kommission zur Neuverhandlung des Betrugsbekämpfungsabkommens mit der Schweiz. Bei letzterem möchte die Kommission den Informationsaustausch auf Anfrage integrieren, was dem bisher vom Bundesrat abgelehnten «automatischen» Informationsaustausch sehr nahe kommt.

LESERBRIEFE

Täuschung der Stimmbürger

Normalerweise könnte man ja annehmen, dass ein Gegenentwurf zu einer Initiative etwa so aussieht: etwas abgeschwächt aber trotzdem in die selbe Stossrichtung wie die Initiative. Das war einmal. Liebe Mitbürger: Ich warne Sie ausdrücklich vor einer groben Täuschungskampagne, die bei der kommenden Abstimmung über die Ausschaffung krimineller Ausländer auf uns zurollen wird. Da versuchen uns die Gegner der Ausschaffungsinitiative doch tatsächlich weise zu machen, dass ihr Gegenvorschlag ebenfalls darauf abziele, kriminelle Ausländer auszuschaffen. Dabei zielt dieser Gegenentwurf genau in die andere Richtung und möchte ganz im Gegensatz zur Ausschaffungsinitiative die Ausschaffung von schwerkriminellen Ausländern mit allen Mitteln verhindern. Ich traute meinen Augen nicht: Der Gegenvorschlag verschlimmert die heutige Situation ganz drastisch und ist zwingend abzulehnen.

Der Gegenentwurf verweist in einer viel zu allgemeinen und unbestimmten Form auf das allgemeine Völkerrecht. Er verzichtet auf die klare Unterscheidung zwischen zwingendem und allgemeinem Völkerrecht. So werden in vielen Fällen etwa die Rechte der Schwerverbrecher höher gewichtet als das Sicherheitsinteresse der Öffentlichkeit. Mit einem derart grossen richterlichen Ermessensspielraum würden fast keine Ausschaffungen mehr praktiziert oder sie würden zumindest in Folge von Rekursen über Jahre blockiert. Das kann doch nicht im Sinne der Schweizer Bevölkerung sein, die kriminelle Ausländer endlich zur Rechenschaft ziehen möchte? Ich weiss nicht, was Sie über die endlose Gewalt gewisser ausländischer Mitbürger denken. Ich jedenfalls habe langsam aber sicher genug von den täglichen sinnlosen Schlägereien, Messerstechereien, Vergewaltigungen, vom Drogenhandel und auch vom Sozialhilfemissbrauch. Wer sich hier als Gast nicht an unsere Regeln hält, soll unser Land verlassen müssen. Wer auch so denkt, muss unbedingt auch Ja zur Ausschaffungsinitiative und Nein zum Gegenvorschlag sagen am 28. November.

Olivier Kessler, Wollerau

Neue Erkenntnis

Geologischer Sachplan:
Wir gehören dazu!
Wie hört sich denn das an?
Määh? Oder Muuh?

Im Tiefenlager-
einzugsgebiet.
Noch wissen wir nicht,
was mit uns geschieht.
Ob Zürcher Weinland,
ob Zürich Nord-Ost:
Wir wittern eh
unangenehme Post.
Zur Abfall-Romantik
der NAGRA gesellt ...
Wir haben uns das
nicht soo vorgestellt.

Dabei beim Standort-
auswahlverfahren,
das sie im
UVEK-Zentrum gebaren
für mittelaktiven
Abfall als Ziel.
Jetzt wurden sie fündig:
Da fehlt Oberwil!

Sie reden von
Kommunikation
und gern mit-
wirkender Reaktion.
Was sollen wir hier
vom Dorf aus berichten?
Die Antwort ist einfach
und KLAR: Wir verzichten!

Willy Peter, Oberwil-Dägerlen

Fadegrad

Königsweg und Knechtenpfad

VON ROLF A. SIEGENTHALER

«Mit welchen Themen die Partei in den Wahlkampf für die Kantonsratswahlen steigen will, muss laut Zjörien parteiintern noch abgesprochen werden.» Das steht in der NZZ, einer Zeitung, die zunehmend belanglos ist. Damit nicht immer die andere grosse Zürcher Tageszeitung zitiert wird, soll für einmal die «alte Tante von der Falkenstrasse» ihre Chance erhalten. Die FDP-Zeitung hat inzwischen erkannt, dass ihrer Lieblingspartei von der BDP Ungemach droht. Kein Wunder also, dass sie sich krampfhaft abzugrenzen versucht. Die FDP entsorgt derweil ebenso krampfhaft den Müll aus ihrem Parteiprogramm. Markus Spillmann hat dies in seinem Artikel unter dem Titel «Königsweg statt Knechtenpfad» aufgegriffen. Die liberalste Partei der westlichen Hemisphäre trage sich nämlich mit dem Gedanken, das Fernziel des EU-Beitritts aus dem Programm zu streichen. «Halbgar Gekochtes vom Tisch zu nehmen, weil es mehrheitlich niemand so richtig essen will, ist folgerichtig und politisch klug. Was sich belasten mit einer Vision in einem absehbar harten Wahlkampf, die auf längere Zeit hinaus beim Souverän keine Mehrheit finden wird?» Die Wortwahl Spillmanns lässt schon deutlich werden, dass es nicht darum geht, von einer auf dem Tisch verwesenden Idee Abstand zu nehmen, weil sie zum Himmel stinkt, sondern nicht mehr offen dazu zu stehen, dass man zu den Königen gehören möchte und sich von den Knechten distanzieren will, weil man Schiss hat, die Wahlen zu verlieren. Irgendein noch von irgendjemandem zu definierendes Rahmenabkommen zwischen Schweiz und EU soll es richten. Wie aber dieser «Königsweg» der EU die Knechte betrifft, sieht man gegenwärtig in Frankreich. Die Franzosen sind alle acht Jahre eingeladen, einen neuen König zu wählen. Weitere Mitsprache ist nicht gefragt. Seit Napoleon III., dem Bürgerkönig, hat der Mechanismus nicht geändert. Wahlversprechen und staatliche Werkstätten garantieren dem Potentaten die Unterstützung seiner Untertanen und geben ihm die nötige Ellbogenfreiheit, um sich die Gnade der Mächtigen im Land durch die Gewährung von Vorteilen mittelfristig zu sichern. Daneben bleibt Zeit für Frauengeschichten. Wächst Ungemach im Land, bleibt den Knechten die Meinungsäusserung auf der Strasse. Die Wahlversprechen der Könige lassen sich immer weniger finanzieren. Die Luftschlösser lösen sich europaweit in ihren Baustoff auf. Sabotage ist ein Begriff, der aus Frankreich stammt, als die Arbeiterschaft mit ihren Holzschuhen (Sabots) die Maschinen blockierte. Haben die Knechte genügend gestreikt, werden die Bosse der Gewerkschaften mit dem König ein Abkommen treffen – und alles wird weitergehen wie bisher. Wann begreifen es die so genannt Liberalen mit ihrer NZZ? Die Schweiz braucht weder Königsweg noch Knechtenpfad, sondern die Selbstbestimmung des freien Bürgers!

LEGISLATURSCHWERPUNKTE DES ZÜRCHER STADTRATES

Geschärfter Blick für das Unwesentliche

In einem bebilderten Druckwerk hat der Zürcher Stadtrat seine Legislatur-schwerpunkte 2010 bis 2014 benannt und seine Karten über Ziele und Strategien aufgedeckt.

BRUNO AMACKER
GEMEINDERAT SVP ZÜRICH 6

Dabei hat der Zürcher Stadtrat - mit seinem geschärften Sensorium für das Unwesentliche und grosser Treffsicherheit – diejenigen Themen in seinen Fokus gestellt, welche die breite Öffentlichkeit weder interessieren noch für eine positive Entwicklung der Stadt von Bedeutung sind. Einmal mehr schlägt der Stadtrat in einem Bericht mit der grossen finanziellen Kelle den Schaum, aus welchem seine Träume sind, die aber mit den Wünschen, Hoffnungen und Zielen, insbesondere aber mit der Realität der Zürcherinnen und Zürcher kaum etwas gemeinsam haben.

Kultur und Frühförderung

Nachdem Parlament und Stimmvolk nun definitiv und unmissverständlich zu erkennen gegeben haben, dass es weder Nagelhaus noch Hafenkran oder ähnliches braucht, um in der Stadt Zürich glücklich zu werden, geniessen just solche und andere Projekte erste und oberste Priorität im Legislaturschwerpunkt unter dem Titel «Kultur- und Kreativstadt Zürich».

Als weitere Schwerpunkte folgen Visionen zu *eZurich* (wilder Fördermix von Informations- und Telekommunikationstechnologien, Glasfasernetz, Medienkompetenz und «digitalem Graben»), *Stadt und Quartiere gemeinsam gestalten* («gezielte soziale Unterstützungs- und Steuerungsmassnahmen seitens der öffentlichen Hand», S. 22) und *Frühförderung der Kinder* (Entwicklung der emotionalen, kognitiven, motorischen und sprachlichen Entwicklung in den ersten vier Lebensjahren durch die Stadt, S. 27; also staatliche Betreuung der Kinder ab Geburt).

Abschied aus der Realität

Soweit also die drängendsten Probleme der Stadt Zürich im Verständnis des Stadtrates. Wer nach Antworten auf Probleme wie

- Entwicklung des Wirtschafts- und Werkplatzes Zürich;
- Entwicklung des Wohnungsmarktes unter besonderer Berücksichtigung der (in- und ausländischen) Zuwanderung;
- Finanz-, Schulden und Ausgabenstrategien;
- Sicherheitssituation und Kriminalitätsentwicklung;
- Schul- und Ausbildungsperspektiven von Kindern und Jugendlichen

Ausschau hält, der sucht vergebens. Sie sind nicht Teil des stadträtlichen Problembewusstseins.

Es scheint, als habe sich der Stadtrat endgültig von der Realität verabschiedet. Verabschiedet und zurückgezogen in ein eZurich, bestehend aus elitärer Kunst und Kultur, wo das Ranking in den einschlägigen internationalen Städtevergleichen wichtiger ist als die Zufriedenheit und Perspektiven seiner Bürgerinnen und Bürger.

Einladung zur Delegiertenversammlung der SVP Stadt Zürich

Donnerstag, 28. Oktober 2010, 20.00 Uhr
Restaurant Elefant, Witikonerstrasse 279, 8053 Zürich-Witikon,
Telefon 044 381 70 66

Traktanden

1. Begrüssung / Mitteilungen
2. Wahl der Stimmenzähler
3. Parolenfassung zu den folgenden städtischen Abstimmungsvorlagen vom 28. November 2010:
   - **Volksinitiative «Rosengarten-Tram», Umsetzungsvorlage / Gegenvorschlag des Gemeinderats zur Volksinitiative «Rosengarten-Tram»**
     Referenten: JA Gemeinderätin Simone Brander (SP)
     NEIN Gemeinderat Roland Scheck (SVP)
   - **Teilrevision der städtischen Parkplatzverordnung**
     Referent: Gemeinderat Mauro Tuena (SVP)
   - **Ausbau Nordumfahrung Zürich, Beitrag der Stadt Zürich von maximal 20 Mio. Franken an die Kosten für die Autobahnüberdeckung Katzensee**
     Referent: Gemeinderat Roland Scheck (SVP)

     Bahnhof Oerlikon, Quartieranbindung Ost, Erhöhung des Objektkredits von 11,2 Mio. Franken um 98,8 Mio. Franken auf 110 Mio. Franken
     Referent: Gemeinderat Mauro Tuena (SVP)
4. Diverses

Stimmrechts-Ausweis

Mit freundlichen Grüssen
SVP der Stadt Zürich

Gemeinderat Roger Liebi,
Stadtparteipräsident

SCHWEIZER QUALITÄT SVP Die Partei des Mittelstandes

LESERBRIEFE

Geheimnis der Pflanze lüften

Will die Menschheit in Frieden und Freiheit leben, dann sind für die Hungernden auf der Welt Arbeitsplätze zu schaffen. Wo Hunger regiert, fehlt meistens Energie, sind Armut, Arbeitslosigkeit und Wanderbewegungen eine Geissel.

Genügend Nahrung, genügend Energie – dazu sagten Biologen vor 50 Jahren. «Die Ergebnisse der wissenschaftlichen biologischen Forschung werden auf die Welternährung und auf das zukünftige Klima nicht ohne Bedeutung sein. Die Wissenschaft ist bemüht mit der Aufklärung des Fotosyntheseprozesses im Pflanzenkörper. Wir sehen diese Forschung als das wichtigste Zukunftsproblem der Menschheit an. Vielleicht brauchen wir fünfzig, eventuell auch 100 Jahre.»

Fünfzig Jahre sind vorbei, wo steht heute die Wissenschaft mit der Erforschung des Chlorophyll-Apparates und deren kausaler Zusammenhänge? Wahrscheinlich noch nicht weiter als vor 50 Jahren. Die Pflanze hat das Geheimnis von der Umsetzung von CO_2 zu Sauerstoff und Nährstoffen noch nicht freigegeben. Sonst hätten wir mit CO_2 und dem Hunger auf der Welt weniger Probleme. Der Schlüssel gegen den Hunger und gegen den angeblichen CO_2-Überschuss liegt in der Pflanze. Wir müssen das Rätsel lösen, egal was es kostet. Dann sind der Grundnahrungsmittelproduktion und der Energieerzeugung aus Erdöl, Gas, Kohle und Holz fast keine Grenzen mehr gesetzt.

Max Matt, Altstätten

Täuschung der Stimmbürger

Normalerweise könnte man ja annehmen, dass ein Gegenentwurf zu einer Initiative etwa so aussieht: etwas abgeschwächt aber trotzdem in die selbe Stossrichtung wie die Initiative. Das war einmal. Liebe Mitbürger: Ich warne Sie ausdrücklich vor einer groben Täuschungskampagne, die bei der kommenden Abstimmung über die Ausschaffung krimineller Ausländer auf uns zurollen wird. Da versuchen uns die Gegner der Ausschaffungsinitiative doch tatsächlich weise zu machen, dass ihr Gegenvorschlag ebenfalls darauf abziele, kriminelle Ausländer auszuschaffen. Dabei zielt dieser Gegenentwurf genau in die andere Richtung und möchte ganz im Gegensatz zur Ausschaffungsinitiative die Ausschaffung von schwerkriminellen Ausländern mit allen Mitteln verhindern. Ich traute meinen Augen nicht: Der Gegenvorschlag verschlimmert die heutige Situation ganz drastisch und ist zwingend abzulehnen.

Der Gegenentwurf verweist in einer viel zu allgemeinen und unbestimmten Form auf das allgemeine Völkerrecht. Er verzichtet auf die klare Unterscheidung zwischen zwingendem und allgemeinem Völkerrecht. So werden in vielen Fällen etwa die Rechte der Schwerverbrecher höher gewichtet als das Sicherheitsinteresse der Öffentlichkeit. Mit einem derart grossen richterlichen Ermessensspielraum würden fast keine Ausschaffungen mehr praktiziert oder sie würden zumindest in Folge von Rekursen über Jahre blockiert. Das kann doch nicht im Sinne der Schweizer Bevölkerung sein, die kriminelle Ausländer endlich zur Rechenschaft ziehen möchte? Ich weiss nicht, was Sie über die endlose Gewalt gewisser ausländischer Mitbürger denken. Ich jedenfalls habe langsam aber sicher genug von den täglichen sinnlosen Schlägereien, Messerstechereien, Vergewaltigungen, vom Drogenhandel und auch vom Sozialhilfemissbrauch. Wer sich hier als Gast nicht an unsere Regeln hält, soll unser Land verlassen müssen. Wer auch so denkt, muss unbedingt auch Ja zur Ausschaffungsinitiative und Nein zum Gegenvorschlag sagen am 28. November.

Olivier Kessler, Wollerau

Einladung zur Parteiversammlung SVP der Stadt Winterthur

Dienstag, 26. Oktober 2010, 20.00 Uhr
Restaurant Wieshof, Wieshofstrasse 132, 8408 Winterthur

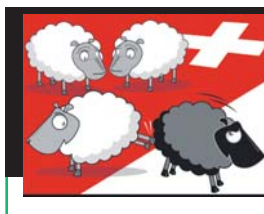
Traktanden:

1. Begrüssung / Wahl der Stimmenzähler
2. Abstimmungsvorlagen Winterthur
   - Mietvertrag zu Fokus pro: Yvonne Beutler, Gemeinderätin SP
     kontra: Daniel Oswald, Gemeinderat SVP
   - Statistikprojekt
3. Eidgenössische Vorlagen
   - Ausschaffungsinitiative
   - Initiative für faire Steuern
4. Berichte aus den Räten
5. Verschiedenes / Umfrage

Der Präsident: *D. Oswald*

SCHWEIZER QUALITÄT SVP Die Partei des Mittelstandes

Im Falle einer Verhinderung nimmt der neue Aktuar ihre Abmeldung gerne entgegen:
Pascal Rütsche, Seenerstrasse 189, Tel. 078 761 26 10, E-Mail pa_ruetsche@hotmail.com



Sicherheit schaffen:

Ja zur Volksinitiative zur Ausschaffung krimineller Ausländer

Jetzt anmelden!

Informationsabend zur Volksabstimmung vom 28. November 2010

Montag, 18. Oktober 2010
19.30 Uhr – zirka 21.30 Uhr
Hotel Wartmann, 8400 Winterthur

Referenten: **Natalie Rickli, Nationalrätin, Winterthur (ZH)**
Gregor A. Rutz, ehem. Generalsekretär/ Mitglied Initiativkomitee

Anmeldung: Generalsekretariat SVP, Postfach 8252, 3001 Bern
Telefon 031 300 58 58, Telefax 031 300 58 59,
E-Mail: imobersteg@svp.ch

WUCHEMÄRT

WOCHE FÜR WOCHE AKTUELL

ZU VERKAUFEN

20 t Holzspalter, Kreiselschwader Fella Bandeker. 8 t Seilwinde. Schneefräse. Rasentraktor. Telefon 079 359 85 16.

Swarovski Schmuck und Figuren SLS, auch mit 100% WIR. Goldschmuck, Silberschmuck und Uhren. Goldschmiedearbeiten und Uhrenreparaturen bei Yves Senn, 8307 Effretikon, Telefon 052 343 87 75.

Kraftfutterstation für Aufzucht oder Beef. Doppeltränke **Iso-Bac** mit Heizung und Kippvorrichtung. 079 317 17 30.

Renault Megan Kombi 1.4, Jg. 84, ab MFK, weiss, 111 000 km, Fr. 6900.–, M. Kägi, Tumbelenstrasse 64, 8330 Pfäffikon, Telefon 044 950 16 33.

Holzwollzementplatten, 200 m², neu, Format 1020 x 486 x 35 mm, weiss gespr., Fr. 12.–/m². **el. Brotbackofen Griesser-Savoy,** mit Schamottstein. Felix Bächli, Pflughof, 8468 Waltalingen, Telefon 052 745 19 23.

Suzuki SX4 1.6, Top 4x4, Jg. 3.07, 66 000 km, Allrad zuschaltbar, Klima, ab MFK und grossem Service, vorne neue Bremsen. Fr. 18 900.–. H. Brönnimann, Alte St. Gallerstr. 1, 8352 Elsau, Telefon 078 708 21 74.

Brownswiss Aufzuchtkälber, V. Vigor Jolic Event Big Boy. **Doppelräder,** System Müller 11-32 passend zu 12.4-32 **Ladewagenachse**; **2 Räder,** 13/55-16; **Zubringerband** zu Gebläse. Alles günstig. Ruedi Brändli, Schürwisstrasse 3, 8608 Bubikon, Telefon 055 243 30 01.

Kulturegge Griesser, 2,5 m, Fr. 100.–; **Bodenfräse** 1,5 m, geeignet als Beetfräse, Fr. 700.–, Tel. 052 745 15 65.

Elektrischer Treppen-Sackroli, Neupreis Fr. 7000.–, nie gebraucht. Verkaufspreis Fr. 4000.–, Tel. 079 680 37 35.

Neuwertiger **Rübenbröckler** an Rapid Euro Fr. 800.–; **Pajero,** 5türig, ab Platz, Fr. 800.–. Telefon 044 938 16 55.

Orchestrion, über 100-jährig. Funktionstüchtig. Zungendrehorgel. Telefon 052 659 21 84.

Huber-Silo, 66 m³, ø 3 m und **Silofräse Mus-Max** für Mais, ø 3 m. P. Weber, 8608 Bubikon, Telefon 055 243 11 75.

Bügelstation Laurastar IS 5, Fr. 1250.–, **Bügelstation** Laurastar S4e, Fr. 1100.–, neu, mit 2 Jahre Garantie. 079 673 05 81.

Neuer **Autoreifen** zu 1/4 des Preises. Vielleicht mit Felge. 185/55 R 15 H. Für Corsa oder andere. Niederberger, 1008 Prilly, Telefon 076 541 05 83.

Original-Braun-Stier, 18 Mte alt, gutmütig, weidegewohnt, Fleischer-Typ, auch geeignet für Mutterhaltung. Telefon 044 923 02 34.

Kühe zu verkaufen oder an Fütterung zu geben. Max Wyler, 8610 Uster, Tel. 044 940 18 19.

ZU KAUFEN GESUCHT

IV-Rentner kauft **Briefmarken** und **Uhren,** gegen bar. Abholung. Telefon 079 350 97 07.

Achtung!
Zahle **Höchstpreise** für alle **Autos.**
Komme bei Ihnen vorbei.
044 822 26 11.

18–30 Rundballen Stroh; Kleinballen Heu und Stroh. Stefan Pünter, Hombrechtikon, 079 694 49 41

Suche gebrauchte **Metallbohrer** mit Durchmesser 5–10 mm und mind. 20 cm lang. Telefon 044 793 37 47 oder Fax 044 793 37 48

Rübenschnitzel ab ZFF lose, zirka 50 t, tel. 078 721 80 56.

SVP-NETZWERK

SVP-Fotograf Christian Mettler steht auch Ihnen für Aufträge gerne zur Verfügung. Telefon 079 689 29 71. E-Mail: cmettler@hispeed.ch

ZU VERMIETEN

3-Zimmer-Wohnung in Adliswil. Zirka 65 m² im 2. OG. Beste, sonnige Lage. Nähe Bus und S-Bahn. Fr. 1300.–, inkl. NK + Heizung. 044 710 39 58 / 079 532 56 70.

Agglomeration Winterthur (Dinhard-Eschlikon) **4½-Zimmer-Haus mit Schopf.** Einseitig angebaut, mit Kachelofen und Holzzentralheizung, einfacher aber charmanter Ausbau mit viel Holz. Hobbyraum, Garten, Abstellplatz und sep. Schopf. Mz Fr. 1100.–. 052 345 22 53 oder 079 436 65 64.

3½-Zimmer-Wohnung in Fehraltorf. Ab sofort, 2008 renoviert. M. Kägi, Tumbelenstr. 64, 8330 Pfäffikon, 044 950 16 33.

3-Zimmer-Ferienwohnung Flumserberg «Tannenheim», in Dauermietung, möbliert. Ab 1. Nov. evtl. 1. Dez. 2010, zentrale Lage. Frau Fritschi, Telefon 044 865 26 73.

DIENSTLEISTUNG

Buchhaltung KMU günstig dank Heimbüro, Profisoftware Abacus 2008. Anfragen: christianpeter@hispeed.ch

IHR INSERAT FÜR DEN WUCHEMÄRT

Zürcher Bauer Der Zürcher Bote

Sie suchen etwas Spezielles oder möchten sich schon lange von einem Gegenstand trennen? Fehlt Ihnen eine Begleitung zum Wandern oder Jassen? Inserieren Sie einfach und unkompliziert: Füllen Sie den Coupon aus und retournieren Sie ihn mit dem passenden Barbetrag.

3 Zeilen à 35 Anschläge (total 105) für nur Fr. 20.– inkl. MWSt

6 Zeilen à 35 Anschläge (total 210) für nur Fr. 40.– inkl. MWSt

Wählen Sie bitte die gewünschte Rubrik

☐ zu verkaufen ☐ zu verschenken ☐ zu kaufen gesucht
☐ zu vermieten ☐ Freizeit/Kontakte ☐

Anzahl der Erscheinungen ____ mal

Name
Vorname
Strasse
PLZ/Ort
Telefon
E-Mail

Einsenden an: **Stutz Druck AG,** «Zürcher Bauer/Zürcher Bote», Einsiedlerstrasse 29, 8820 Wädenswil
Einsendeschluss: jeweils am Dienstag für die Ausgabe vom Freitag.

Wir können nur Inserate veröffentlichen, für die der korrekte Betrag beiliegt. Besten Dank für Ihr Verständnis.

LESERBRIEFE

Ja zur Ausschaffungsinitiative

Warum ein Nein zum Gegenvorschlag und ein Ja zur Ausschaffungsinitiative? Der Gegenentwurf ist ganz klar abzulehnen, da folgende Punkte die Initiative verwässern. Es fehlt eine Minimalfrist der Einreisesperre und somit kann ein krimineller Ausländer nach seiner Ausschaffung wieder in die Schweiz zurückkehren. Es gibt unzählige Rekursmöglichkeiten und man verhindert dadurch eine konsequente Ausschaffung. Der Gegenentwurf beinhaltet auch einen Integrationsartikel welcher für Bund, Kanton und Gemeinden gültig ist und ausser hohen Kosten nichts bringt. Denn Integration ist die Aufgabe der Einwanderer. Die Liste der Delikte ist abschliessend und kann nicht ergänzt werden. Die Ausschaffungsinitiative steht dagegen für schnelle und konsequente Ausschaffung krimineller Ausländer, mehr Sicherheit durch weniger Ausländerkriminalität, Sicherung unserer Sozialwerke, da Betrüger ausgeschafft werden, Schutz der integrierten Ausländer. Ich stimme darum am 28. Nov. 2010 ganz klar: JA zur Volksinitiative für die Ausschaffung krimineller Ausländer und NEIN zum Gegenentwurf, der Ausschaffungen verhindert. Stichfrage: Ausschaffungsinitiative.

Erich Bollinger, Rafz

Flughafen Zürich: Schweiz muss Flagge zeigen!

Nun hat also die Schweiz im Anflugstreit vor dem Europäischen Gericht verloren und Deutschland hat Recht bekommen. Das wirkt sich nachteilig für die lärmgeplagte schweizerische Bevölkerung, den internationalen Flughafen Zürich und die Airline Swiss aus. Der negative Gerichtsentscheid sei zu erwarten gewesen, meint unser scheidender Bundesrat Leuenberger lapidarisch. Wahrlich ein treffendes Statement eines müden Staatsmannes. Wer die Niederlage erwartet, der wird sie auch kassieren. Mit dieser Erwartungshaltung könnte keine Fussballmannschaft, kein Sportler, kein Unternehmen erfolgreich sein.

Viele setzen nun auf neue politische Verhandlungen. Was haben uns die bisherigen Verhandlungen gebracht? Nichts, denn sie wurden schweizerseits stets aus einer Position der Schwäche mit voreiligem Gehorsam geführt. Viele Schweizer Politikerinnen und Politiker gefallen sich schon gut, wenn sie nur international auftreten dürfen. Das Resultat ist für sie zweitrangig. Natürlich will unser deutsches Nachbarland vom Standort des Flughafens Zürich in jeder Form mitprofitieren. Den Lärm, Dreck und die Kosten überlässt man aber gerne den braven Schweizern. So kann und darf es nicht weitergehen! Die Schweiz muss endlich ihre Trümpfe ausspielen. Politik mit Fantasie und Rückgrat ist gefragt.

Noch besteht ein gültiges Verbot für ausländische Taxis, Gäste am Flughafen Zürich abzuholen. Bereits fordern deutsche Politiker lauthals, dass dieses Verbot sofort aufgehoben wird. Das darf auf keinen Fall passieren, solange sich unser Nachbarland im Flugstreit nicht kooperativer zeigt. Weiterverhandeln ist gut, taktisch verhandeln wäre noch besser!

Jakob J. Blattmann, Urdorf

Zerstört der extreme Tierschutz unsere Kulturlandschaften und Lebensgrundlagen?

Unsere – von Touristen aus allen Ländern bewunderten – Kulturlandschaften sind dank der jahrhundertelangen Pflege und extensiven Nutzung durch die bäuerliche Landwirtschaft entstanden. Eine unheilige Allianz von extremen Naturschützern und Avenir-Suisse, dem Sprachrohr der Schweizer Grosskonzerne, wollen grosse Teile der Schweiz als sogenannte Naturreservate verganden und verwalden lassen. Natürlich weiss die Allianz, dass sich weder die Bevölkerung dieser Gebiete zwangsweise vertreiben lassen, noch die übrige Bevölkerung auf diese Erholungs- und Feriengebiete freiwillig verzichten will.

Auffällig ist, dass nun in den Medien immer wieder Forderungen auftauchen, die eine Kürzung oder Streichung der Subventionen für die bäuerliche Landwirtschaft – vor allem in den Berggebieten – verlangen, obwohl jedermann klar sein sollte, dass den Bauern damit die Existenz und der übrigen Bevölkerung die Nahrungsgrundlage zerstört wird. Gleichzeitig sollen in diesen «unrentablen» Gebieten, Grossraubtiere wie der Wolf und Bär systematisch angesiedelt werden. Die Folgen sind, dass die Sömmerung von Schafen, Ziegen und Rindern wegen der teuren Schutzmassnahmen immer mehr verunmöglicht und die deshalb nicht mehr gepflegte Landschaft – gepaart mit der Angst vor den unberechenbaren Grossraubtieren – für den Tourismus immer unattraktiver wird.

Genau in diese Richtung stösst nun die Forderung von Pro Natura, Schweizer Tierschutz STS, WWF Schweiz und des Vereins Wildtierschutz Schweiz WSS, die die Streichung von Subventionen für Schafhalter verlangt, die ihre Herden unbeaufsichtigt in den Bergen weiden lassen würden. Wenn jedoch Schafbesitzer ihre meist kleinen Herden wegen den hohen Hütekosten aufgeben müssen, entsteht eine spürbare Lücke im Natur- und Landschaftsschutz. Es gibt für die Einführung der Grossraubtiere nur das Argument, dass sie früher bei uns einmal heimisch waren. Verschwiegen wird dabei, dass diese schon Mitte des 19. Jahrhundert in der Schweiz wegen der hohen Besiedlungsdichte zum Problem wurden und deshalb ausgerottet wurden. Seither ist die Bevölkerung von 2,4 auf rund 8 Millionen angewachsen.

Nach den extremen Visionen der Tierschützer-Gobal Player-Allianz soll auch der kleinste Baustein des Lebens monetarisiert werden und die Schweizer Bevölkerung – zusammengepfercht in den Metropolitanregionen des Mittellandes – nur noch im «rentablen» Dienstleistungssektor arbeiten, während der «unrentable» Alpenraum – der 60 Prozent der Schweiz ausmacht – von der Natur und den durch die Vergandung unvermeidlichen Naturkatastrophen beherrscht würde.

Peter Aebersold, Zürich

Geheimnis der Pflanze lüften

Will die Menschheit im Frieden und Freiheit leben, dann sind für die Hungernden auf der Welt Arbeitsplätze zu schaffen. Wo Hunger regiert, fehlt meistens Energie, sind Armut, Arbeitslosigkeit und Wanderbewegungen eine Geissel.

Genügend Nahrung, genügend Energie – dazu sagten Biologen vor 50 Jahren. «Die Ergebnisse der wissenschaftlichen biologischen Forschung wird auf die Welternälung und auf das zukünftige Klima nicht ohne Bedeutung sein. Die Wissenschaft ist bemüht mit der Aufklärung des Fotosyntheseprozesses im Pflanzenkörper. Wir sehen diese Forschung als das wichtigste Zukunftsproblem der Menschheit an. Vielleicht brauchen wir fünfzig, eventuell auch 100 Jahre.»

Fünfzig Jahre sind vorbei, wo steht heute die Wissenschaft mit der Erforschung des Chlorophyll-Apparates und deren kausaler Zusammenhänge? Wahrscheinlich noch nicht weiter als vor 50 Jahren. Die Pflanze hat das Geheimnis von der Umsetzung von CO_2 zu Sauerstoff und Nährstoffen noch nicht freigegeben. Sonst hätten wir mit dem CO_2 und dem Hunger auf der Welt weniger Probleme. Der Schlüssel gegen den Hunger und gegen den angeblichen CO_2-Überschuss liegt in der Pflanze. Wir müssen das Rätsel lösen, egal was es kostet Dann sind der Grundnahrungsmittelproduktion und der Energieerzeugung aus Erdöl, Gas, Kohle und Holz fast keine Grenzen mehr gesetzt.

Max Matt, Altstätten

Wöchentliche Fernsehsendung mit Christoph Blocher

Alt Bundesrat Christoph Blocher stellt sich wöchentlich den Fragen von Dr. Matthias Ackeret, Journalist und Autor des Buches «Das Blocher-Prinzip». Die aktuelle Fernsehsendung wird jeweils am Samstagnachmittag ab 14.00 Uhr im Internet auf www.teleblocher.ch übertragen.

SVP-KANTONSRATSFRAKTION

Kantonsrat / Fraktion
Montag, 25. Oktober 2010, 13.00 Uhr, Sitzung, Zunfthaus zur Haue.

VERANSTALTUNGEN MIT CHRISTOPH BLOCHER

Mittwoch, 3. November 2010, 20.00 Uhr, NH-Hotel, Grand Place 14, Fribourg, öffentliche Veranstaltung mit a. Bundesrat Christoph Blocher zum Thema «Ausschaffungs-Initiative». Veranstalter: SVP Fribourg.

Mittwoch, 10. November 2010, 20.00 Uhr (Türöffnung 18.30 Uhr), Altrüti Gossau ZH, öffentliche Veranstaltung zum Wahlauftakt der SVP Bezirk Hinwil mit a. Bundesrat Christoph Blocher zum Thema «Bedeutung der Wahlen 2011». Begrüssung durch Martin Suter, Präsident SVP des Bezirks Hinwil. Anschliessend Fragen aus dem Publikum. Unterhaltung mit der Buuremusik Gossau und Treichlergruppe Batzberg. Veranstalter: SVP Bezirk Hinwil.

SVP-STAMM

Bezirk Bülach / Embrach
Jeweils am letzten Sonntag im Monat, ab 10.30 bis 12.00 Uhr, Restaurant Rose, Oberembrach.

Bezirk Dielsdorf / Dielsdorf
Jeden ersten Dienstag im Monat, ab 19.30 Uhr, Restaurant Löwen, Dielsdorf.

Bezirk Hinwil / Wetzikon
Jeweils am letzten Donnerstag im Monat, ab 19.30 Uhr, Restaurant Sternen, Bertschikerstrasse 10, Medikon (Wetzikon ZH).

Bezirk Horgen / Oberrieden
Jeden 3. Donnerstag im Monat, ab 19.00 Uhr, Bar Galerie zur Zinne, Oberrieden.

Bezirk Meilen / Küsnacht
Jeden Sonntag, von 10 bis 12 Uhr, Restaurant Schützenstube, Küsnacht.

Bezirk Meilen / Männedorf
Jeden ersten Samstag im Monat, 11.00 bis 12.00 Uhr, Restaurant Widenbad, Männedorf (ausgenommen August).

Bezirk Pfäffikon / Weisslingen
Jeweils am letzten Samstag im Monat, ab 10.30 Uhr, Nöggis Bierhanä, Neschwil.

Bezirk Uster / Uster
Jeden ersten Samstag im Monat, 11.00 bis 12.00 Uhr, Landgasthof Puurehuus, Wermatswil.

Bezirk Winterthur / Seuzach
Jeden ersten Sonntag im Monat, ab 10.00 Uhr, Restaurant Bernergüetli, Seuzach.

Junge SVP Kanton Zürich
Jeden ersten Samstag im Monat, 20.00 Uhr Parteihöck, im Raum Zürich, Standort und Details werden auf unserer Homepage www.jsvp-zh.ch aufgeschaltet.

Stadt Winterthur / Seen
Jeden ersten Dienstag im Monat, ab 19.00 Uhr, Restaurant Kafi Burehus, Winterthur-Seen.

Stadt Winterthur / Wülflingen
Jeweils Samstagmorgen, ab 11.00 Uhr, Restaurant Hirschen, Winterthur-Wülflingen.

Stadt Zürich / Kreis 3
Jeden ersten Montag im Monat, 19.00 Uhr, Restaurant Falcone, Birmensdorferstrasse 150, Zürich-Wiedikon.

Stadt Zürich / Kreis 4/5
Jeden ersten Donnerstag im Monat, ab 19.00 Uhr, Restaurant Zum Goldenen Fass, Zwinglistrasse 7, Zürich.

Stadt Zürich / Kreis 6
Jeden ersten Montag im Monat, 19.00 Uhr, Restaurant Neubühl, Winterthurerstrasse 175, Zürich.

Stadt Zürich / Kreis 11
Jeden ersten Dienstag im Monat, ab 19.30 Uhr, Restaurant Felsenberg, Felsenrainweg 19, Zürich-Seebach.

Stadt Zürich / Kreis 12
Jeden ersten Dienstag im Monat, ab 19.30 Uhr, Restaurant Ziegelhütte (Ende Hüttenkopfstrasse), Zürich-Schwamendingen.

SVP-VERANSTALTUNGEN

Bezirk Affoltern / Hausen am Albis
Montag, 8. November 2010, 20.00 Uhr, Restaurant Schönegg, Vorstandssitzung und Stamm.

Montag, 29. November 2010, 20.00 Uhr, Aufenthaltsraum, Dorfstrasse 8, Ebertswil, Chlaushock und Parteiversammlung.

Bezirk Affoltern / Ottenbach
Donnerstag, 18. November 2010, 20.00 Uhr, Neuhofsaal, Ottenbach, öffentliche Veranstaltung zum Thema «Wie schaffen wir eine sichere Zukunft für unsere Kinder?», Referat von Ursula Fehr, Bezirksrichterin und Gemeindepräsidentin, Eglisau. Sie spricht über ihr Buch «Schneckenfühler» und Hans Fehr, Nationalrat und ehemaliger Geschäftsführer der AUNS, über die Familieninitiative.

Bezirk Andelfingen und SVP Andelfingen
Donnerstag, 21. Oktober 2010, 20.00 Uhr (offerierter Apéro ab 19.30 Uhr), Löwensaal, Andelfingen, öffentliche Veranstaltung mit Nationalrat Dr. Christoph Mörgeli zum Thema «Einstehen für die Schweiz». Im Rahmen der öffentlichen Veranstaltung besteht zudem die Möglichkeit, mit Konrad Langhart, Martin Zuber, Doris Morf und Jürg Grau die Kantonsratskandidaten der SVP Bezirk Andelfingen persönlich kennen zu lernen.

Bezirk Dielsdorf / Niederglatt
Montag, 15. November 2010, 20.00 Uhr (Türöffnung 19.30 Uhr), Schulhaus Eichi, Niederglatt (Parkplätze vorhanden), öffentliche Podiumsveranstaltung zur «Ausschaffungsinitiative». Es diskutieren unter der Leitung von Oliver Fueter (Schweizer Radio DRS) Toni Brunner, Nationalrat und Parteipräsident (SVP), Katharina Prelicz-Huber, Nationalrätin (Grüne), Barbara Steinemann, Kantonsrätin (SVP) und Daniel Vischer, Nationalrat (Grüne).

Bezirk Dietikon
Montag, 18. Oktober 2010, 19.30 Uhr, Stürmeierhuus, Freiestrasse 14 (grosser Saal, oberstes Stockwerk), SVP-Informationsveranstaltung «Limmattalbahn, was alles bringt es uns?». Die SVP Bezirk Dietikon gibt allen SVP-Mitgliedern die Möglichkeit, sich über ein 700 Millionen-Projekt im Bezirk Dietikon zu informieren. Programm: Eintretensreferate:
– Willy Haderer, Kantonsrat und Verwaltungsrat der Limmattalahn: Strategie und Grundgedanke der Limmattalbahn.
– Daniel Issler, Projektleiter und Geschäftsführer der Limmattalbahn: Stand des Projektes Limmattalbahn.
– Ernst Stocker, Regierungsrat: Aus Sicht der Regierung des Kantons Zürich.
Podiumsdiskussion: Leitung durch Kantonsrätin Rosmarie Frehsner. Pro: Geschäftsführer Daniel Issler und Regierungsrat Ernst Stocker, contra: Kantonsrat Lorenz Habicher und Gemeinderat Ralph Hofer. Anschliessend lädt die SVP Bezirk Dietikon zu einem kleinen Apéro ein.

Bezirk Dietikon / Schlieren
Mittwoch, 27. Oktober 2010, 19.30 Uhr, Stürmeierhuus (1. Obergeschoss), Schlieren, öffentliche Veranstaltung zur «Ausschaffungsinitiative/Gegenvorschlag». Begrüssung durch Rudolf Dober, Sektionspräsident Schlieren. Teilnehmer: Nationalrat Alfred Heer (SVP), Nationalrat Daniel Vischer (Grüne), Kantonsratskandidat Pierre Dalcher, Kantonsratskandidatin Rosmarie Joss. Leitung: Daniel Winter, Limmattaler Zeitung.

Bezirk Hinwil
Mittwoch, 10. November 2010, 20.00 Uhr (Türöffnung 18.30 Uhr), Altrüti Gossau ZH, öffentliche Veranstaltung zum Wahlauftakt mit a. Bundesrat Christoph Blocher zum Thema «Bedeutung der Wahlen 2011». Begrüssung durch Martin Suter, Präsident SVP des Bezirks Hinwil. Anschliessend Fragen aus dem Publikum. Unterhaltung mit der Buuremusik Gossau und Treichlergruppe Batzberg.

Bezirk Hinwil / SVP und SP
Montag, 8. November 2010, 20.00 Uhr, Restaurant Schwert, Wald, Podiumsdiskussion zur «Ausschaffungsinitiative» mit Nationalrat Christoph Mörgeli, SVP (pro) und Nationalrat Daniel Jositsch, SP (kontra). Moderation: Christian Brändli, Stv. Chefredaktor Zürcher Oberländer.

Mittwoch, 17. November 2010, 20.00 Uhr, Restaurant Löwen, Rüti, Podiumsdiskussion zur «Steuergerechtigkeitsinitiative» mit Nationalrat Hans-Jürg Fehr, SP (pro) und Nationalrat Alfred Heer, SVP (kontra). Moderation: Christian Brändli, Stv. Chefredaktor Zürcher Oberländer.

Bezirk Pfäffikon / Bauma
Dienstag, 16. November 2010, 20.00 Uhr, Gasthof zur Tanne, Bauma, Podiumsdiskussion zur «Ausschaffungsinitiative und Gegenvorschlag». Pro: Nationalrätin Natalie Rickli (SVP), Nationalrat Christoph Mörgeli (SVP) und kontra: Nationalrat Daniel Fischer (Grüne), Nationalrat Urs Hany (CVP). Moderation: Hanspeter Blattmann, Chefredaktor «Der Tössthaler».

Bezirk Winterthur / Dinhard und Rickenbach
Montag, 8. November 2010, 20.15 Uhr, beim Primarschulhaus Dinhard, Podiumsdiskussion zur «Ausschaffungsinitiative». Pro: Nationalrat Hans Fehr, SVP, Eglisau, kontra: Nationalrätin Marlies Bänziger, Grüne, Winterthur. Gesprächsleitung: Kantonsrat Peter Uhlmann, SVP, Dinhard. Anschliessend wird ein Apéro offeriert.

Bezirk Winterthur / Hettlingen
Montag, 15. November 2010, 20.00 Uhr, Gemeindesaal, Hettlingen, Vortrag von Prof. Dr. Christian Schlüchter, Uni Bern, zur Thematik Klimaerwärmung: «Eis oder Holz – die Alpengletscher während den letzten 10 000 Jahren». Weitere Details sind auf der Homepage www.svp-hettlingen.ch zu finden.

Stadt Zürich
Montag, 25. Oktober 2010, 20.30 Uhr, Hotel-Restaurant Landhus, Katzenbachstrasse 10, Zürich-Seebach (Tram Nr. 14 bis Endstation Seebach, Parkplätze vorhanden), kontradiktorische Podiumsdiskussion zur «Ausschaffungsinitiative». Teilnehmer: Nationalrätin Marlies Bänziger (Grüne) und Nationalrat Alfred Heer (SVP). Gesprächsleitung: Gemeinderat Bruno Amacker (SVP).

Stadt Zürich / Kreis 1 und 2
Samstag, 23. Oktober 2010, 9.30–11.00 Uhr, vor dem Café Mandarin beim Morgental, Zürich, Standaktion. Kantonsrat Ernst Bachmann und Kantonsratskandidatin Hedy Schlatter verteilen Gräff-Äpfel aus dem Züri-Oberland.

Samstag, 4. Dezember 2010, 9.30–11.00 Uhr, vor dem Café Mandarin beim Morgental, Zürich, Standaktion. Es wird eine kleine Süssigkeit zum Chlaustag verteilt.

Stadt Zürich / Kreis 9
Samstag, 30. Oktober 2010, 9.00–11.30 Uhr, Albisriederstrasse 330, hinter Buswartehäuschen Fellenbergstrasse, Standaktion zu den Abstimmungsvorlagen vom 28. November 2010.

Samstag, 6. November 2010, 9.00–11.30 Uhr, Albisriederstrasse 365, vor Migros, Standaktion zu den Abstimmungsvorlagen vom 28. November 2010.

Samstag, 13. November 2010, 9.00–11.30 Uhr, Albisiriederstrasse 330, hinter Buswartehäuschen Fellenbergstrasse, Standaktion zu den Abstimmungsvorlagen vom 28. November 2010.

Samstag, 20. November 2010, 9.00–11.30 Uhr, Albisriederstrasse 365, vor Migros, Standaktion zu den Abstimmungsvorlagen vom 28. November 2010.

Freitag, 3. Dezember 2010, ab 19.00 Uhr, Schützenhaus Hasenrain, Albisriederstrasse 600, Zürich, Chlaushöck.

SVP-FRAUEN

Frauengruppe SVP Stadt Zürich
Montag, 25. Oktober 2010, 19.30 Uhr, Albisriederplatz, Hotel Mercure Stoller, 3. Mitgliederversammlung.

Samstag, 13. November 2010, 9.00–12.00 Uhr, Migros Schwamendingen, Standaktion mit Kreis 12. Es wird Kaffee und Kuchen offeriert.

Samstag, 11. Dezember 2010, 9.00–12.00 Uhr, Schaffhauserplatz, Standaktion mit Kreis 6. Es wird etwas Feines verteilt.

Dienstag, 25. Januar 2011, 19.00 Uhr, Hotel Mercure Stoller, Albisriederplatz, Zürich, Generalversammlung.

SVP-Frauen Kanton Zürich
Dienstag, 9. November 2010, 19.30 Uhr (Türöffnung 19.00 Uhr), Restaurant Elefant, Witikonerstrasse 279, Zürich, öffentliches kontradiktorisches Podium: Ausschaffungsinitiative – Initiative oder Gegenvorschlag? Pro Initiative / Kontra Gegenvorschlag: Nationalrat Adrian Amstutz (SVP). Kontra Initiative / Pro Gegenvorschlag: Angaben folgen. Moderation: Reinhard Wegelin, Journalist Politik.ch (Homepage: www.poltik.ch). Alle Interessierten sind herzlich willkommen! Kontakt: Gemeinderätin Jacqueline Hofer, info@jhofer.ch, www.svpfrauen.ch. Diese E-Mail-Adresse ist gegen Spam Bots geschützt, Sie müssen JavaScript aktivieren, damit Sie es sehen können.

Dienstag, 23. November 2010, 19.00 Uhr, Restaurant Elefant, Witikonerstrasse 279, Zürich, SVP-Weihnachtsessen für alle Interessierte mit Korpskommandant Markus Gygax, Kommandant Schweizer Luftwaffe. Menu 1: Vorspeise: Gemischter Salat. Zürcher Geschnetzeltes mit Nudeln. Dessert: Brännti Crème. Menupreis: CHF 48.00 pro Person exkl. Getränke. Menu 2: Vorspeise: Gemischter Salat. Gemüseragout mit Pastetli im Reisring. Dessert: Brännti Crème. Menupreis: CHF 37.00 pro Person exkl. Getränke. Alle Interessierte sind herzlich willkommen! Nähere Informationen finden Sie unter www.svpfrauen.ch. Anmeldung: (Anmeldeschluss: Mittwoch, 17. November 2010) an Gemeinderätin Jacqueline Hofer, Dübendorf, info@jhofer.ch. Diese E-Mail-Adresse ist gegen Spam Bots geschützt, Sie müssen JavaScript aktivieren, damit Sie es sehen können. Bitte Anzahl Personen, Adresse, Telefon-Nr. und Menuwahl angeben. Besten Dank.

WEITERE POLITISCHE VERANSTALTUNGEN

Samstag, 16. Oktober 2010, 10.45–11.15 Uhr, Casino, Herisau, Podiumsgespräch zur Ausschaffungsinitiative und zum Gegenentwurf, u.a. mit Nationalrat Hans Fehr, im Rahmen der Delegiertenversammlung der FDP. Die Liberalen (Schweiz).

Montag, 25. Oktober 2010, 18.30 Uhr, Restaurant Oberhof, Zürichbergstrasse 24, Zürich, SVP-Studententreff mit Vortrag «Ausschaffungsinitiative/Gegenentwurf» von Nationalrat Hans Fehr, Nachtessen und Diskussionsrunde.

Mittwoch, 27. Oktober 2010, 18.30 Uhr, Uni Zürich, Hörsaal KOH-B-10, Hauptgebäude, Podiumsdiskussion zur Ausschaffungsinitiative und zum Gegenentwurf, mit den Nationalräten Hans Fehr, Katharina Prelicz-Huber, Daniel Jositsch und Prof. Thomas Gächter. Moderation: Luciano Ferrari, TA. Anschliessend Apéro. Veranstalter: foraus und Internationale Gesellschaft für Menschenrechte.

Mittwoch, 3. November 2010, 20.00 Uhr, Zentrum Arche, Dagmersellen, Podiumsgespräch zur Ausschaffungsinitiative und zum Gegenentwurf mit den Nationalräten Hans Fehr (SVP), Otto Ineichen (FDP) und Ruedi Lustenberger (CVP). Veranstalter: SVP, FDP und CVP Amt Willisau.

Freitag, 5. November 2010, 13.50–16.00 Uhr, Kantonsschule Romanshorn, kontradiktorisches Podiumsgespräch zur «Ausschaffungsinitiative», u.a. mit Nationalrat Hans Fehr.

Freitag, 5. November 2010, 20.00 Uhr (Türöffnung 19.00 Uhr, Unterhaltung mit den «Schattdorfer Nachtbüäbä», Mehrzweckhalle Seedorf, öffentliche Veranstaltung. Festprogramm:
20.00 Uhr
Begrüssung und Standortbestimmung furch den Präsidenten der SVP Uri, Gusti Planzer, Landrat.
20.10 Uhr
Grusswort von Regierungsrat Beat Arnold.
20.35 Uhr
«Schengen und die Folgen». Referat von Nationalrat Dr. Pirmin Schwander.
20.30 Uhr
«Welche Ausländerpolitik wollen wir?» Referat von Nationalrat Prof. Dr. Christoph Mörgeli.
20.45 Uhr
«Kriminelle Ausländer sind konsequent auszuschaffen». Referat von Dr. Christoph Blocher, a. Bundesrat. JA zur Ausschaffungsinitiative – NEIN zum Gegenvorschlag.
Im Anschluss an die Referate werden Fragen aus dem Publikum beantwortet. Festwirtschaft von 19.00 bis 01.00 Uhr. Musikalische Unterhaltung. Veranstalter: SVP Uri.

Dienstag, 9. November 2010, 20.00 Uhr, Aula Primarschule Dänikon-Hüttikon, Podiumsgespräch zum hochaktuellen Thema «Ausschaffungsinitiative/Gegenentwurf» mit den Nationalräten Hans Fehr, SVP, und Urs Hany, CVP, sowie den Kantonsratskandidaten Christian Lucek, SVP, und Daniel Frei, SP. Veranstalter: SVP, CVP und SP Bezirk Dielsdorf.

Mittwoch, 24. November 2010, 18.00 Uhr, Kursaal Bern, Podiumsgespräch (18.20 bis 19.30 Uhr) zum Thema «EWR plus als Perspektive?» mit den Nationalräten Hans Fehr, SVP, Ignazio Cassis, FDP, und Norbert Hochreutener, CVP, im Rahmen der «Berner Politgespräche». Moderation: Patrick Feuz, stv. Chefredaktor «Der Bund». Einleitende Bemerkungen von Bundesrätin Calmy-Rey und Prof. Dr. Baudenbacher, Präsident des EFTA-Gerichtshofes.

VEREIN FÜR AKTIVE SENIOREN

Donnerstag, 2. Dezember 2010, 14.00 Uhr, Restaurant Muggenbühl, Wollishofen, Chlaushöck (weitere Angaben folgen).

IMPRESSUM

Der Zürcher Bote

ISSN 1660–6701
Organ: Schweizerische Volkspartei des Kantons Zürich
Erscheint jeden Freitag

Abonnementspreis jährlich:
Parteimitglieder Fr. 48.–
Nichtmitglieder Fr. 58.–
+2,4% Mehrwertsteuer

Redaktion: Seite 1–8
Dr. Yves Gadient (gad.)
Tel. 044 217 77 64
Fax 044 217 77 65
zb@svp-zuerich.ch

Inseraten-Annahme:
inweb ag, Zürcher Bote
Postfach, 8153 Rümlang Zürich
Tel. 044 818 03 07, Fax 044 818 03 08
E-Mail: inserate@zuercher-bote.ch

Inseratenschluss:
Mittwoch 15.00 Uhr
Insertionspreis 92 Rp. die einspaltige Millimeterzeile, Gelegenheitsinserate 1-spaltig bis 35 mm Fr. 30.–
+7,6% Mehrwertsteuer

Druck und Abonnementsdienst:
Stutz Druck AG
Einsiedlerstrasse 29,
8820 Wädenswil
Tel. 044 783 99 11,
Fax 044 783 99 22
info@stutz-druck.ch